Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben! „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M

Nr. 11. | Berlin, 10. März 1933. | 14. Jahrg.

Reichskanzler Adolf Hitler und die Ostfragen.

Das Präsidium des Deutschen Ostbundes hat an Herrn Reichskanzler Adolf Hitler das nachstehende Schreiben gerichtet:

Berlin den 2. März 1933.

Herrn Reichskanzler Adolf Hitler in Berlin W 8,
Wilhelmstraße 78.

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Zugleich im Namen hunderttausender Ostverdrängter erlauben wir uns die Bitte an Sie zu richten, innen- wie außenpolitisch den Ostfragen die Behandlung zuteil werden zu lassen, die ihnen im Interesse des Wiederaufstiegs des Vaterlandes gebührt.

Es gilt, dem wirtschaftlichen Verfall und beispiellosen sozialen Elend gerade in den Ostprovinzen entgegenzuwirken und durch Großsiedlung das Werk der Ostkolonisation zu retten und das deutsche Volkstum im Ostraum zu sichern. Dem Verlangen der Polen auf Raub weiteren deutschen Landes muß mit allen Machtmitteln entgegengetreten werden.

Weiterhin gilt es, neben der Gleichberechtigung Deutschlands in der Frage der Wehrhaftigkeit die polnischen Absichten zunichte zu machen, die durch ein Ost-Locarno den Irrsinn des Weichselkorridors und das ungeheure Unrecht der übrigen Ostgrenze verewigen wollen. Wir erwarten von der Reichsregierung nicht nur die entschiedene Zurückweisung dieser Bestrebungen Polens, sondern die tatkräftige Vertretung der Forderung auf Abänderung der Ostgrenze und Rückgabe der uns geraubten Gebiete.

Im Zusammenhang mit der Beseitigung der letzten Reparationsverpflichtungen und mit der Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen der Mächte auf der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz erwarten wir, daß das Unrecht des Raubes deutschen Privateigentums während des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit dadurch gutgemacht wird, daß endlich den Opfern dieses Raubes, den Liquidations- und Gewaltgeschädigten, durch einen Restabschluß der völlig unzulänglichen bisherigen Entschädigungsaktion eine wenigstens einigermaßen ausreichende Schadloshaltung für die materiellen Verluste gewährt und so das maßlose Elend in ihren Reihen gelindert und ihnen die Wiedererrichtung oder Aufrechterhaltung einer neuen Existenz ermöglicht wird.

Wir haben zu Ihnen, hochverehrter Herr Reichskanzler, und zu den Kräften und Kreisen, die sich mit Ihnen und Ihren Anhängern zu einer Regierung der nationalen Konzentration zusammengeschlossen haben, das Vertrauen, daß Sie diese unsere Anliegen nicht nur als berechtigt anerkennen, sondern mit aller Tatkraft und Energie vertreten und fördern werden; nicht nur im Interesse unseres Ostens, dessen Kolonisation Heinrich von Treitschke und andere Geschichtsforscher mit Recht als die größte Tat der deutschen Geschichte bezeichnet haben, und der im Verlauf dieser Geschichte so oft die rettenden Kräfte für Vaterland und Volkstum geliefert hat, sondern auch im Interesse des Vaterlandes, das durch die blutende Ostgrenze nicht zum Weißbluten kommen darf, und dessen Wiederaufstieg nur möglich ist, wenn auch im Osten wieder die deutsche Volkskraft gestärkt und gesichert und ihre freie Betätigung innerhalb der alten Grenzen des Reiches ermöglicht wird.

Wir erlauben uns, einen Aufruf, den wir für die bevorstehenden Wahlen zugunsten Ihrer Regierung der nationalen Konzentration erlassen haben, zur Kenntnisnahme beizufügen.

Eine zustimmende Antwort würde in allen Kreisen des Ostens mit größter Dankbarkeit aufgenommen werden und die Tatkraft zum Ausharren in dem schweren Ringen mit feindlichen Gewalten an der Ostgrenze stärken und sichern.

Das Bundespräsidium:
Ginschel. Schmid.

Darauf ist das nachfolgende Antwortschreiben eingegangen:

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei Nr. 1934 — Berlin W 8, den 7. März 1933.

An den Deutschen Ostbund e. V., Berlin.

Der Herr Reichskanzler hat mich beauftragt, den Empfang Ihres Briefes vom 2. d. M. — Nr. 2014/33 — dankend zu bestätigen und Ihnen mitzuteilen, daß er die Wünsche und Bestrebungen des Deutschen Ostbundes, denen er von jeher sein besonderes Interesse zugewendet hat, auch in Zukunft im Rahmen der allgemeinen Politik unterstützen und fördern wird.

Abschrift Ihres Schreibens habe ich den zuständigen Ressorts zugeleitet. Dr. Lammers.

*

Erfreut über diese schnelle Antwort auf unser Schreiben hoffen wir, daß für die so dringende Lösung der Ostfragen eine neue Zeit angebrochen ist. Der Ausfall der Wahlen sichert der Regierung der nationalen Konzentration eine Mehrheit im Reichstage und im preußischen Landtage auch für die Lösung der Ostfragen. Nun gilt es, tatkräftig voranzukommen!

Die Reichs- und Landtagswahlen.

Die Reichs- und Landtagswahlen haben im deutschen Osten ein stark überwiegendes Bekenntnis für die Regierung Hitler gebracht. Die Wahlkreise Ostpreußen, Pommern, Frankfurt a. d. O., Liegnitz und Breslau weisen eine z. T. erhebliche nationalsozialistische Mehrheit auf. In Ostpreußen stehen bei den Reichstagswahlen fast 700 000 Nationalsozialisten nur etwa 535 000 Wähler aller anderen Parteien gegenüber. Ebenso günstig ist das Wahlergebnis für die Nationalsozialisten in Pommern, wo sie mit ihren 612 000 Stimmen alle übrigen Gruppen, die zusammen nur 465 000 Stimmen aufgebracht haben, weit hinter sich lassen, und im Wahlkreis Frankfurt a. d. O. (Grenzmark Posen-Westpreußen und mittlere Ostmark), wo die Nationalsozialisten allein 550 000, alle übrigen Parteien zusammen nur etwa 457 000 Wähler aufgebracht haben. Im Wahlkreis Liegnitz stehen 408 000 Nationalsozialisten 347 000 und im Wahlkreis Breslau 587 000 Nationalsozialisten 582 000 andere gegenüber. Lediglich im Wahlkreis Oppeln, wo sie seit den Novemberwahlen v. J. ihre Stimmzahl verdoppeln konnten, besitzen die Nationalsozialisten nicht die absolute Mehrheit. (337 000 gegen 444 000 andere.) Jedoch verfügt die Regierung Hitler zusammen mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot auch hier über die Mehrheit der Wähler. Stellt man die beiden Regierungsparteien den Oppositionsgruppen gegenüber, so ergibt sich folgendes Verhältnis in den Wahlkreisen:

Ostpreußen	837 000	gegen	396 000
Pommern	797 000	„	290 000
Frankfurt a. d. O.	660 000	„	340 000
Breslau	671 000	„	499 000
Liegnitz	476 000	„	270 000
Oppeln	396 000	„	287 000

Die Regierung besitzt also im Wahlkreis Oppeln eine einfache, in den Wahlkreisen Liegnitz, Breslau, Frankfurt a. d. O. und Ostpreußen eine knappe bzw. reichliche Zweidrittel- und im Wahlkreis Pommern sogar fast die Dreiviertelmehrheit. Von den an der Reichstagswahl beteiligten Parteien hat lediglich die NSDAP. gegenüber November v. J. in allen sechs östlichen Wahlkreisen ihre Wählerzahl zu vergrößern vermocht, und zwar um über 1 Million. Verloren haben von den größeren Parteien in allen Ostwahlkreisen die Sozialdemokraten (rund 100 000) und die Kommunisten (rund 140 000). Die Deutschnationalen haben nur in den Wahlkreisen Liegnitz und Oppeln einen ganz geringfügigen Zuwachs von einigen 100 Stimmen, sonst Einbußen von zusammen rund 50 000 Stimmen zu verzeichnen. Das Zentrum weist außer im Wahlkreis Liegnitz eine geringe Zunahme von insgesamt über 20 000 Stimmen auf. Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst und Staatspartei spielen keine Rolle. Diese drei Gruppen zusammen haben in den 6 Ostwahlkreisen überhaupt nur 116 000 Wähler aufbringen können. Die Fronten im Osten sind also klar: Den etwa 2 Millionen Wählern der Oppositionsparteien stehen etwa 3,8 Millionen Regierungswähler gegenüber; und von den letzteren sind fast 3,2 Millionen Nationalsozialisten.

*

Die Polen in Deutschland haben infolge der Abänderung der Reichswahlordnung an den Reichstagswahlen nicht teilnehmen können. Der „Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland" hatte sich wegen der neuen Bestimmung, daß diejenigen Parteien, die im letzten Reichstage kein Mandat besaßen, in einem Wahlkreise 60 000 Unterschriften für ihren Reichstagswahlvorschlag vorzulegen hatten, beim Reichsinnenminister Dr. Frick beschwert. Von diesem hatte der Verband eine deutliche Antwort erhalten: die Änderung sei durch die Notwendigkeit veranlaßt, der mißbräuchlichen Anwendung des amtlichen Stimmzettels durch zahlreiche kleine Splittergruppen entgegenzuwirken. Weder habe die Absicht bestanden, das aktive Wahlrecht der nationalen Minderheiten zu schmälern, noch sei die Änderung unter Berücksichtigung der bisherigen Wahlergebnisse objektiv als eine Schädigung des Minderheitenwahlrechts anzusehen. Ausnahmen zugunsten einzelner Wahlgruppen zuzulassen, könne bei der Gestaltung des automatischen Wahlsystems mit seiner Verteilungszahl von 60 000 ohne Verletzung des in der Reichsverfassung niedergelegten Grundsatzes der Gleichheit der Wahl nicht in Betracht kommen.

Im übrigen haben die Polen durch ihre Beteiligung an der Landtagswahl selbst die Hinfälligkeit ihrer Beschwerde bewiesen. Denn sie haben es bei den Wahlen zum Landtage in ganz Preußen nur auf 34 554 Stimmen gebracht; und selbst in ihrem besten Wahlkreis, in Deutsch-Oberschlesien, können sie nur 12 678 Stimmen aufweisen, während zur Erlangung eines Landtagsmandats 40 000 und eines Reichstagsmandates 60 000 Stimmen in einem Wahlkreise bzw. Wahlkreisverbande erforderlich sind. Für die Polen in Deutschland war der Wahlkampf ein von vornherein aussichtsloses Rennen. Trotzdem haben die Polenbundführer vor den Wahlen den Mund wieder recht voll genommen und wieder sehr ausgiebig von der „polnischen Volksgesamtheit" in Deutschland, von dem „autochthonen polnischen Volke" im deutschen Osten und ähnlichen Dingen gesprochen. Man weiß nicht recht, ob man das als Geschäftstüchtigkeit oder als gutgläubige Dummheit auffassen soll. Der Schriftleiter des Allensteiner Polenblättchens, Jankowski, hat in einer Tagung der polnischen Vertrauensmänner in Ortelsburg von der Notwendigkeit, vor allem in Masuren polnische Stimmen zu gewinnen, gesprochen; denn „Masowien sei heute in aller Munde; es bilde das Thema internationaler Unterhaltungen, und auf das polnische Volk (!) in Masuren seien heute die Augen der ganzen Welt gerichtet". Das Wahlergebnis lehrt nun allerdings, daß es außer diesen Vertrauensleuten, die sich die Rede ihres Managers Jankowski angehört haben, kaum Menschen in Masuren gibt, denen es einfällt, die polnische Liste zu wählen. Man kann nur hoffen, daß die Welt sich diese 100—200 Männlein, die in Masuren auf die polnische Fahne schwören, einmal recht gründlich betrachtet. „Wir müssen bei den gegenwärtigen Wahlen die Reserven auf das Kampffeld führen", schrieb die „Gazeta Olsztynska". Wo sind denn nun diese legendären Reserven geblieben? „Wir kämpfen nicht materieller Vorteile wegen, sondern einfach um die Rettung der Ehre des polnischen Volkes in Deutschland", hieß es dort weiter. Wenn man sich nun die Wahlergebnisse betrachtet, dann muß man wohl sagen, daß diese „Ehre" nicht gerettet worden ist. Sie war wohl auch gar nicht zu retten; einfach deshalb nicht, weil es kein „polnisches Volk in Deutschland" gibt, sondern nur einige isolierte Gruppen polnischdenkender Menschen. In einem Wahlaufruf des „Glos Pogranicza i Kaszub" war zu lesen: „Diese Wahlen sollen die letzte Heerschau, die letzte Musterung unserer Kräfte sein." Nun, man kann wohl sagen, daß bei dieser letzten Heerschau das Heer gefehlt hat. Jedenfalls reichen die etwa 1500 Stimmen, die am 5. März mehr als im November v. J. auf die polnische Liste abgegeben wurden, nicht aus, das kümmerliche Pflänzchen der Polnisch-katholischen Volkspartei ansehnlicher erscheinen zu lassen — inmitten der 24-Millionen-Masse der preußischen Wähler.

*

In den einzelnen Wahlkreisen sind bei den jetzigen Landtagswahlen im Vergleich zur Landtagswahl vom 24. April 1932 und zur Reichstagswahl vom 6. November 1932 folgende Stimmen auf die Polenliste abgegeben worden:

	März 33	Nov. 32	Apr. 32		März 33	Nov. 32	Apr. 32
Ostpreußen	2978	2744	3694	Breslau	247	143	310
Pommern	517	543	—	Oppeln	12678	12059	28036
Frankfurt (O.)	4284	4229	4952	Westfalen Nd.	2877	2694	4109
Berlin	926	944	1456	Westfalen Sd.	4599	4314	7651
Potsdam II	311	379	533	Düsseldorf Ost	1109	1064	1619
Potsdam I	275	176	278	Düsseldorf W.	2476	2341	3618

In den neun übrigen preußischen Wahlkreisen haben die Polen insgesamt nur knapp 1300 Stimmen aufgebracht. Gegenüber den Novemberwahlen v. J. haben sie in den Wahlkreisen Ostpreußen 234, Breslau 104, Frankfurt (Oder) 55, Oberschlesien 619, in den vier Wahlkreisen des westlichen Industriegebietes 648 und im Wahlkreise Potsdam I 99 Stimmen gewonnen. Abgenommen haben sie in den Wahlkreisen Pommern, Berlin und Potsdam II. Alles in allem haben sie gegenüber November v. J. einen Stimmengewinn von etwa 1500 zu verzeichnen. Relativ bleibt dieser Zuwachs hinter der allgemein stärkeren Wahlbeteiligung zurück. Während nämlich die Wahlbeteiligung gegenüber dem November um etwa 10 v. H. gestiegen ist, hat die Polenliste nur einen knapp 3 %igen Zuwachs aufzuweisen. Der Anteil der Polenstimmen an der Gesamtzahl der in Deutschland am 5. März abgegebenen Stimmen ist also weiter erheblich gesunken; er beträgt 0,086 v. H.; auf je 100 000 deutsche Wähler kommen immer 86 Polen! Und das nennt sich dann: „das polnische Volk in Deutschland"! Zieht man übrigens zum Vergleich die Landtagswahlen vom 24. April v. J. heran, so ist eine Verringerung der polnischen Stimmen um fast 23 000 festzustellen.

In Ostpreußen ist die Polnisch-katholische Volkspartei nur in zwei Kreisen mit einer nennenswerten Zahl von Wählern vertreten, im Landkreis Allenstein mit 1188 und im Kreise Stuhm mit 1110 Wählern. Das bedeutet gegenüber den Landtagswahlen vom April v. J. einen Verlust von 492, bzw. 125 Stimmen. Es gibt in ganz Ostpreußen keine einzige Gemeinde, die eine polnische Stimmenmehrheit aufweisen könnte; es gibt nicht einmal eine einzige Gemeinde in der ganzen Provinz, in der die Polen die stärkste Partei bilden, und nur drei Gemeinden, wo die Polenliste mehr als ein Fünftel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen kann. Mehr als 50 Polenstimmen gibt es nur in einigen Gemeinden des Landkreises Allenstein, nämlich in Diwitten (66), Groß-Trinkhaus (63), Plutken (54), Schönwalde (63), Worritten (56) und Wuttrienen (66), sowie in ein paar Gemeinden des Kreises Stuhm, nämlich in Stadt Stuhm (90), Altmark (133), Dietrichsdorf (55), Kollosomp (71), Neudorf (56), Nikolaiken (146), Pestlin (101) und Waplitz (55). In allen übrigen ostpreußischen Kreisen hat die Werbekraft der Polenliste völlig versagt. In Masuren, das die Polen mit so großem Propagandaaufwand für sich zu beanspruchen pflegen, haben sie es im ganzen Kreise Insterburg auf 38, im Kreise Ortelsburg, dem „Zentrum" ihrer Masurenagitation, wo ihr Hetzblättchen, der „Mazur", erscheint, auf 151 Stimmen gebracht. Durch nichts kann die Unsinnigkeit des polnischen Anspruchs auf Ostpreußen besser gekennzeichnet werden als durch die Feststellung, daß es in dieser Provinz mit fast 2,3 Millionen Einwohnern noch nicht einmal 3000 Menschen gibt, die sich politisch zum Polentum bekennen.

In den Wahlkreisen Pommern und Frankfurt (Oder) treten als Kreise mit einer bemerkenswerten Zahl polnischer Wähler hervor (in Klammern die Wahlergebnisse vom April und November v. J.):

Bütow	364	(—;	440)
Flatow	2759	(3019;	2812)
Meseritz	598	(628;	557)
Bomst	586	(694;	601)
Schneidemühl (Stadt)	107	(132;	133)

In den anderen Kreisen Pommerns, der Grenzmark Posen-Westpreußen und der mittleren Ostmark sind die polnischen Wähler fast an den Fingern abzuzählen. Bei den „Polen" des Kreises Bütow handelt es sich um Kaschuben, die durch jahrelange intensive Agitation polnischer Agenten ins polnische Lager hinübergezogen worden sind. Die polnischen Stimmen des Kreises Bomst stammen aus den Dörfern Klein-Posemuckel (166), Groß-Posemuckel (85), Kramzig (70), Neukramzig (233) und Stadt Bomst (24). Die Polenstimmen des Kreises Meseritz entfallen auf folgende Orte: Betsche (39), Scharzig (21) und Großdammer (500). Der Kreis Flatow weist in nachstehenden Orten eine größere Zahl polnischer Wähler auf: Stadt Flatow (354), Blankwitt (79), Groß-Butzig (141), Glumen (215), Kietz (136), Königsdorf (74), Lugetal (170), Preußenfeld (130), Radawnitz (115), Ruden (56), Schwente (167), Seedorf (90), Seefelde (75), Stewnitz (93) und Zakrzewo (390).

Einen geringen Zuwachs an Stimmen haben die Polen im Wahlkreis Oppeln aufzuweisen. Sie haben dort 12 678 (gegenüber 12 059 im November vorigen Jahres) erhalten. Das Gesamtbild der Entwicklung, die mit geringen Schwankungen seit 1924 rapide abwärts geht, kann durch das jetzige Wahlergebnis jedoch nicht beeinflußt werden. Bei den Wahlen von 1930 hatten die Polen in Oberschlesien 37 012 und bei den Landtagswahlen vom April v. J. noch 28 043 Stimmen zu verzeichnen. Auf die einzelnen Stadt- und Landkreise des Wahlkreises Oppeln entfallen jetzt an polnischen Stimmen (in Klammern Wahlergebnis vom 24. April 1932):

Stadtkreis Beuthen	600	(1672)	Landkreis Ratibor	999	(1643)
„ Gleiwitz	487	(1074)	„ Rosenberg	726	(1664)
„ Hindenburg . .	987	(2486)	„ Guttentag	200	(580)
„ Oppeln	87	(126)	„ Cosel	606	(1405)
„ Ratibor	1199	(546)	„ Neustadt	344	(743)
Landkreis Beuthen	1256	(2785)	Stadt- und Landkreis Groß-Strehlitz . . .	2259	(4412)
„ Oppeln	2698	(6242)			

Die Stadtkreise Kreuzburg, Neiße, Cost, Kandrzin und Peiskretscham, sowie die Landkreise Kreuzburg, Neiße, Falkenberg, Grottkau und Leobschütz haben zusammen nur 113 polnische Stimmen aufzuweisen. Angesichts dieser Zahlen fällt die polnische Propagandathese vom polnischen Charakter Deutschoberschlesiens in Nichts zusammen. Auch die noch polnisch sprechenden Teile der oberschlesischen Bevölkerung legen — das haben die Wahlen erneut bewiesen — keinen Wert auf eine politische Gemeinschaft mit dem Nationalpolentum. Der Gedanke, politische und kulturelle Bande „nach drüben", zum Reiche des Aufstandswojwoden Grazynski, zu knüpfen, liegt ihnen vollkommen fern. Nach der kurzen Verwirrung der ersten Nachkriegszeit haben sie sehr bald wieder zu der deutschen Kultur und Staatsgemeinschaft zurückgefunden, in die sie durch die 700jährige Geschichte ihrer Heimat hineingestellt sind.

Hände weg von Danzig!

Die Überzeugung, daß eine gewaltsame Auseinandersetzung mit Deutschland unvermeidlich sein wird, ist in letzter Zeit von polnischen Politikern so offen und so oft geäußert worden, daß sich auch die deutsche Öffentlichkeit allmählich auf die Möglichkeit eines offenen Konfliktes mit Polen einzustellen beginnt. **Wie notwendig das ist, hat die Landung eines polnischen Truppenkontingentes auf der Danziger Westerplatte bewiesen. Auf deutscher Seite wird man gut daran tun, diesen polnischen Vorstoß gegen die Unabhängigkeit und Sicherheit der Freien Stadt Danzig nicht als ein isoliertes Ereignis**, das sich auf einem „Nebenkriegsschauplatz" abspielt, **zu werten**, sondern sich klar darüber zu sein, daß Polen mit dieser Aktion das deutsch-polnische Problem an einem seiner empfindlichsten Punkte berührt hat, und daß **es sich hier nicht um einen Danzig-polnischen Konflikt**, sondern um **eine deutsch-polnische Machtprobe handelt.**

Was ist geschehen? **Am 6. März wurden 100 mit schweren Waffen ausgerüstete polnische Marinesoldaten auf der Westerplatte gelandet.** Nach dem Ratsenscheid vom 9. Dezember 1925 darf Polen auf der Westerplatte zur Bewachung seines dortigen Munitionsdepots eine Militärabteilung von 2 Offizieren, 22 Unteroffizieren und 66 Mann unterhalten. Es darf diese Truppe in Ausnahmefällen verstärken, jedoch nur vorübergehend, für die Dauer von 2 bis 3 Tagen, und nur, soweit es die Durchführung des Wachdienstes erforderlich macht. In solchen Fällen hat Polen vorher die Genehmigung des Hohen Kommissars einzuholen und den Senat von der bevorstehenden Verstärkung der Westerplattenbesatzung in Kenntnis zu setzen. Die Truppenlandung vom 6. März aber ist ohne Erlaubnis des Kommissars, ohne jegliche Verständigung des Senates und schließlich auch ohne hinreichende Begründung erfolgt. Die polnische Regierung hat versucht, ihre militärische Aktion damit zu begründen, daß ihr in letzter Zeit Informationen zugegangen seien, nach denen „umstürzlerische Elemente" in Danzig — gemeint sind die Nationalsozialisten — die Absicht haben sollen, in nächster Zeit „einen Anschlag auf das polnische Munitionsdepot zu verüben". Die amtliche Erklärung wird durch einen halbamtlichen Kommentar dahin ergänzt, daß die „wachsende Unsicherheit im Danziger Hafengebiet" (vor einiger Zeit habe der Portier der polnischen diplomatischen Vertretung von einem Betrunkenen eine — offenbar die Sicherheit gefährdende — Ohrfeige bezogen!) und ferner die am 15. Februar erfolgte Rückkehr der Danziger Hafenpolizei unter die Befehlsgewalt des Danziger Polizeikommandanten eine stärkere militärische Besetzung der Westerplatte erforderlich machen. Auf Grund unkontrollierter Gerüchte, auf Grund einer haltlosen Verdächtigung des Danziger Sicherheitsdienstes und auf Grund einer Maßnahme, die die Danziger Regierung in berechtigter Wahrnehmung Danziger Interessen durchgeführt hat, ist nach polnischer Darstellung also die militärische Aktion erfolgt. Was den angeblich beabsichtigten Anschlag auf die Westerplatte anlangt, so wäre die Danziger Regierung im Notfalle auch ohne polnische „Hilfe" stark genug, ihn zu verhindern. Und was die angebliche Unsicherheit im Hafengebiete angeht, so ist zu bemerken, daß auch nach dem 15. Februar die Danziger Polizeibeamten nicht aus dem Hafengebiet zurückgezogen worden sind.

Wegen des offensichtlichen Fehlens jeder rechtlichen und tatsächlichen Begründung hat der Danziger Senat sofort gegen die polnische Aktion Einspruch erhoben und sich an den Hohen Kommissar mit dem Ersuchen gewandt, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß der vertragliche Zustand wieder hergestellt wird, und sofort Maßnahmen zu treffen, daß das Vorgehen der polnischen Regierung als eine „action directe" festgestellt wird. Der Völkerbundskommissar seinerseits hat von der polnischen Regierung die sofortige Zurückziehung des gelandeten Truppenkontingents gefordert und in Genf, **wo z. Z. der Völkerbundsrat mit der Behandlung der südamerikanischen Wirren beschäftigt ist**, die alsbaldige Erledigung **des polnischen Angriffs auf Danzig beantragt.** Zugleich hat der Senat der Freien Stadt einen Teil der Danziger Einwohnerwehr zum Hilfspolizeidienst einberufen und bewaffnet. Die polnische Regierung hat auf diesen, ihr wohl unerwarteten Widerstand mit einem Gegenangriff sowohl auf Danzig wie auf den Kommissar des Völkerbundes geantwortet. Einerseits erhebt sie jetzt — drei Wochen zu spät! — gegen die Danziger Regierung den sinnlosen Vorwurf, sich mit der Abänderung der Polizeiverhältnisse im Hafengebiet eines Vertragsbruches schuldig gemacht zu haben, und beantragt sie beim Hohen Kommissar die sofortige Aufhebung dieser am 15. Februar erfolgten Maßnahme; und andererseits bezichtigt sie in geradezu persönlich beleidigender Form den Hohen Kommissar einer nachlässigen und parteilichen Amtsführung: Helmer Rosting hätte — wie es in einer halbamtlichen Darstellung der Warschauer Regierung heißt — schon längst gegen „die in Danzig bestehenden bewaffneten Kampftrupps" vorgehen müssen; seine „oberflächliche Behandlung" dieser Angelegenheit sei geeignet, „immer mehr zur Entfachung der Leidenschaften unverantwortlicher nationalistischer Elemente des Danziger Freistaats beizutragen". Es ist die alte Methode, die die polnische Regierung hier einschlägt: Sie beschimpft den Hohen Kommissar, weil dieser nicht so handelt, wie sie es gern möchte, und sie wirft Danzig, das sich gegen einen eklatanten Vertragsbruch zur Wehr setzt, ihrerseits Vertragsbrüchigkeit vor, um auf diese Weise den Völkebund zu irritieren und ihn für eine Kompromißlösung bereiter zu machen, bei der naturgemäß für den angreifenden Teil — und das ist Polen — ein Vorteil herausspringen würde.

Ohne Übertreibung kann man sagen, daß die Truppenlandung vom 6. März den schärfsten und u. U. folgenschwersten Angriff, den Polen bisher überhaupt gegen Danzig unternommen hat, darstellt. Es geht ja nicht um die Sicherung der Westerplatte vor einem — niemals beabsichtigten — Handstreich der SA., es geht auch nicht um die angeblich nicht gewährleistete Ruhe und Ordnung im Danziger Hafengebiet. Sondern es geht darum, daß Polen für sich das Recht beansprucht, auf Danziger Hoheitsgebiet, zu dem ja auch die Westerplatte gehört, eine Truppenmacht zu unterhalten, deren Höhe es nach Belieben bestimmen und die es, wenn es den Zeitpunkt für gekommen erachtet, auch außerhalb des Westerplatten- und Hafengebietes, nämlich im Stadtgebiet selber einsetzen kann, um gegebenenfalls den politischen Widerstand der deutschen Stadt mit Bajonetten und Maschinengewehren zu brechen. Man darf auch nicht vergessen, daß sich, abgesehen von der Westerplattenbesatzung, noch starke „private" Militärverbände der Polen in Danzig befinden, die wiederholt von verantwortlicher polnischer Stelle als die Vortrupps der Besitzergreifung Danzigs bezeichnet worden sind.

Verschiedene Umstände mögen mitgewirkt haben, den Polen den gegenwärtigen Zeitpunkt für diese Kraftprobe in der Danziger Frage geeignet erscheinen zu lassen. Zunächst mag hier **die Festigung und Erweiterung des französischen**

Bündnissystems in Europa mitgewirkt haben, die einerseits in der Annäherung Polen-Frankreichs an Moskau und andererseits in dem neuen Zusammenschluß der Kleinen Entente ihren Ausdruck gefunden hat. In Polen glaubt man sich jetzt anscheinend im Rücken genügend gesichert, um gegen Danzig und damit natürlich auch gegen das Deutsche Reich eine aggressivere Politik betreiben zu können. Und weiter meint man wohl, auch in der praktischen Hilflosigkeit des Völkerbundes, wie sie sich besonders deutlich im chinesisch-japanischen Konflikt offenbart hat, und in der antideutschen Atmosphäre, die auf der sog. Abrüstungskonferenz herrscht, eine Gewähr dafür erblicken zu können, daß man einen Gewaltakt gegen das kleine Danzig wagen kann, ohne gleich auf handgreiflichen Widerstand der Mächte zu stoßen. Der französischen Hilfe weiß man sich sicher. Die Kleine Entente wird keine Einwände erheben. Italien hat an Danzig vermutlich nur wenig Interesse. England hat den vorwiegenden Wunsch, in keine ernstlichen Konflikte verwickelt zu werden. Und Amerika hat seine Bankenkrise. Damit nicht genug! Man scheint in Polen sogar der Ansicht zu sein, daß selbst Deutschland dem polnischen Vorgehen in Danzig untätig werde zusehen müssen! Deutschland, so scheint man zu denken, sei seit der Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten so sehr mit seinen inneren Angelegenheiten, mit der Niederwerfung der terroristischen und anderen reichsfeindlichen Elemente beschäftigt, daß es den Danziger Ereignissen keine genügende Aufmerksamkeit werde zuwenden können. Und man hofft wohl im stillen gar, daß sich im Ernstfalle umstürzlerische Elemente in Deutschland finden würden, die bereit sind, einer nach außen kämpfenden Regierung durch Terror- und Bürgerkriegsaktionen in den Rücken zu fallen. Wenn man in Polen wirklich solche Gedanken hat und Hoffnungen hegt, dann ist man dort allerdings über die innerdeutsche Lage sehr mangelhaft unterrichtet. Was man einmal mit Hilfe von Landesverrätern gegenüber einem abgekämpften, hungernden und schwächlich regierten Volke fertiggebracht hat, das wird ganz gewiß einer stark geführten, erwachten Nation gegenüber nicht mehr gelingen. Bei aller Energie, die hier auf die innere Säuberung des Reiches verwandt wird, sind jederzeit genügend und von Tag zu Tage mehr Kräfte frei, die, wenn es nottut, im Kampf um die bedrohten Grenzen eingesetzt werden können. Danzig ist eine deutsche Angelegenheit. Was man Danzig tut, das tut man dem Reiche. Hände weg von Danzig!

Dr. K.

Wirtschaftliche und kulturelle Bedrohung Danzigs.

Polnische Wirtschaftskontrolle.

In einer im Büro der polnischen Zollinspektion in Danzig ausgehängten Bekanntmachung heißt es u. a.: „Im Falle eines Versandes der Waren ohne Deckung durch (vom polnischen Zollinspektorat) abgestempelte Fakturen werden dieselben in Polen rücksichtslos beschlagnahmt und diesbezügliche Reklamationen nicht berücksichtigt.“ Die in dieser Bekanntmachung erwähnten Stempel erhalten die Danziger Firmen für ihre Fakturen nur dann, wenn sie sich laufend unter die Kontrolle des polnischen Zollinspektorates stellen und auf sämtliche Danziger Kontingente verzichten. Die Firmen müssen den polnischen Beamten vollen Einblick in alle ihre Handelsdokumente, Geschäftsbücher und Fabrikationsgeheimnisse gewähren. Sie müssen sich weiter verpflichten, von keiner anderen Danziger Firma, die sich nicht gleichfalls einer solchen polnischen Kontrolle unterworfen hat, Waren zu beziehen, gleichgültig ob es sich um Kontingent- oder andere Waren handelt. Es ist also z. B. einer Danziger Schokoladen- oder Margarinefabrik auch verboten, Tinte und Bleistifte für ihren Bürobetrieb von einer anderen Danziger Firma zu kaufen, die sich nicht der polnischen Kontrolle gefügt hat. Ebenso ist diese Fabrik im Bezug von Seife für ihre Waschräume, von Benzin für ihre Kraftwagen, von Kohle für die Heizung, von Tee und Kaffee für ihre Kantine usw. ausschließlich auf in gleicher Weise kontrollierte Firmen angewiesen. Auf diese Weise sollen nicht bloß die großen Betriebe, die nach Polen Waren liefern, sondern auch die Danziger Einzelhandelsfirmen, die mit Polen in keiner Geschäftsverbindung stehen, in das Würgenetz der polnischen Zollspitzelei einbezogen und gezwungen werden, auf die Danziger Kontingente zu verzichten. Die Polen denken gar nicht daran, dieses gemeine und einen glatten Rechtsbruch darstellende System abzuschaffen. Im Gegenteil: Sie sind dabei, es immer raffinierter auszubauen und immer rücksichtsloser zu handhaben, um schließlich den Danziger Senat zur Preisgabe der Danziger Eigenbedarfskontingente, d. h. zum Verzicht auf einen wesentlichen Bestandteil der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit der Freien Stadt gegenüber Polen zu zwingen. Die Polen lassen sich gar nicht dadurch stören, daß ihre Maßnahmen von einem Sachverständigenausschuß als rechtswidrig, vom Völkerbundskommissar als unzulässig und selbst vom Völkerbundsrat als vertragsbrüchig gekennzeichnet worden sind. Daß ein solcher Zustand unhaltbar ist, versteht sich von selbst. Es fragt sich nur, wer ihn beseitigt. Vom Völkerbund ist außer rechtlichen Entscheidungen zugunsten Danzigs nichts zu erwarten. Mit solchen Entscheidungen aber läßt sich Polen nicht auf den Weg des Rechtes bringen. Wenn Deutschland nicht eingreift, steht es schlimm um Danzig.

Die polnische Regierung hat das im März 1930 getroffene Abkommen über die Vereinheitlichung der gesetzlichen Bestimmungen über die Lebensmittelkontrolle in Danzig und Polen gekündigt. Der Kündigungstermin läuft nach sechs Monaten ab. Durch diese Kündigung wird vor allem die Danziger Margarinefabrikation empfindlich getroffen, da Polen bisher mehr als die Hälfte seines jährlichen Margarinebedarfs in Höhe von 8000 Tonnen in Danzig gedeckt hat und nun mit dem Ablauf des Abkommens die Margarinezufuhr aus Danzig nach Polen erheblich erschwert wird. Auch andere Zweige der Danziger Lebensmittelproduktion werden hierdurch in Mitleidenschaft gezogen werden; so wird z. B. die Dr. Oetkers Backpulverfabrik ihren Absatz nach Polen verlieren. Es wäre nur recht und billig, wenn Danzig diese neue Abdrosselungsmaßnahme Polens mit einer Einfuhrsperre für landwirtschaftliche Produkte aus Polen, durch die die Danziger Landwirtschaft schwer geschädigt wird, beantworten würde.

Die polnische „Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft“.

In Danzig besteht seit Jahren eine polnische „Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft“, die, obwohl sie nur 25 bis 30 Mitglieder zählt, eine ziemlich rege Tätigkeit, vor allem auf publizistischem Gebiete, entfaltet. Finanziell wird diese Gesellschaft von der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig, vom Präsidium des polnischen Ministerrats und vom Warschauer Kultusministerium unterstützt. Sachlich arbeitet sie besonders eng mit der Universität Posen zusammen. Sie veranstaltet öffentliche wissenschaftliche Vorträge und Vorlesungen, für die polnische Universitätsprofessoren und andere Wissenschaftler aus Polen herangezogen und in denen Danziger oder kaschubische Fragen behandelt werden. Die Vorträge werden im „Rocznik Gdanski“ („Danziger Jahrbuch“) veröffentlicht und erscheinen z. T. auch als Sonderdrucke im Verlage der Gesellschaft. Von den Mitgliedern der Gesellschaft wie auch von anderen polnischen Wissenschaftlern werden zu Studienzwecken eifrig das Danziger Stadtarchiv und das Danziger Stadtmuseum benutzt. Im Rechenschaftsbericht der Gesellschaft für die Jahre 1929—1931 wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Archiv- und Museumsverwaltungen den polnischen Wissenschaftlern in jeder Hinsicht bereitwilligstes Entgegenkommen bewiesen, ein gewiß unverdächtiges Zeugnis dafür, wie unberechtigt die von manchen polnischen Stellen immer wieder erhobenen Vorwürfe sind, daß den polnischen Forschern in der Benutzung des Staatsarchivs seitens der Danziger Stellen allerlei Schwierigkeiten bereitet werden. (Siehe z. B. „Ostland“ 1932, Nr. 52: „Ein Streit um das Danziger Staatsarchiv.“) Wenn von polnischer Seite solche Vorwürfe erhoben werden, dann deshalb, weil diese üble Sorte von polnischen Wissenschaftlern die angebliche Böswilligkeit der Danziger Archivverwaltung dafür verantwortlich machen möchte, daß unter dem reichen Material des Archivs keine Urkunden zu finden sind, aus denen sich der „historisch polnische Charakter“ der alten deutschen Hansestadt nachweisen ließe. Die Hauptarbeit der „Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft“ ist darauf gerichtet, 1. in „wissenschaftlichen“ Publikationen den polnischen Kultureinfluß nachzuweisen, dem Danzig in der Vergangenheit angeblich ausgesetzt gewesen sein soll, und 2. den polnischen Kultureinfluß im gegenwärtigen Danzig zu stärken. So hat die Gesellschaft z. B. einmal eine (überaus schlecht besuchte) polnische Kunstausstellung und im Goethejahr eine Goetheausstellung in Danzig veranstaltet und für die polnischen Schulen in Danzig „Schultheater“ einzurichten versucht; so hat sie weiter z. B. gefordert, daß das Danziger Stadttheater für polnische Aufführungen zur Verfügung gestellt wird, und die Errichtung eines polnischen Museums in Danzig in die Wege zu leiten versucht. Die wichtigste Tätigkeit der Gesellschaft aber liegt, solange dieser praktischen „Kulturarbeit“ nur geringer oder gar kein Erfolg beschieden ist, auf publizistischem Gebiet: Außer ihrem bereits erwähnten Jahrbuch gibt die Gesellschaft eine Vierteljahrsschrift für kaschubisch-pommerellische Fragen heraus; außerdem hat sie bereits eine ganze Reihe von Schriften herausgebracht, die meist in polnischer, z. T. aber auch in französischer und deutscher Sprache erschienen sind. Diese Schriften sind nun freilich wenig geeignet, den anspruchsvollen Namen der Gesellschaft, die sie herausgibt, zu rechtfertigen. Von Kunst ist in ihnen wenig die Rede, und mit Wissenschaft hat das, was da vorgetragen wird, zumeist herzlich wenig zu tun. Es sind z. T. durchaus einseitige Darstellungen der Danzig-polnischen Beziehungen, wie die Schriften von Dobrzycki, Bierowski und Siebeneichen, oder so üble Machwerke wie die Schriften der Jezowa. Die „Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft“ ähnelt in Art und Absicht, wenn auch nicht im Umfang ihrer Arbeit vollkommen dem „Baltischen Institut“ in Thorn, über das an dieser Stelle kürzlich ausführlicher berichtet wurde. („Ostland“ 1933, Nr. 7.)

Die Kohlenmagistrale.

Nachdem es noch bis vor kurzem so ausgesehen hatte, als ob die Eröffnung des durchgehenden Betriebes auf der polnischen Kohlenbahn wieder auf unbestimmte Zeit verschoben werden sollte, kam kürzlich eine Vereinbarung zwischen dem polnischen Verkehrsministerium und der Polnisch-Französischen Eisenbahngesellschaft zustande, derzufolge der Verkehr auf der mittleren Strecke von Zdunska Wola nach Hohensalza am 1. März aufgenommen werden konnte. Der ursprünglich rund 670 Kilometer lange Weg von Kattowitz nach Gdingen erfährt durch die „Kohlenmagistrale“ eine Verkürzung auf ungefähr 540 Kilometer. Allerdings ist auch der Betrieb, der am 1. März begonnen hat, nur provisorisch, das heißt, es verkehren nur wenige durchgehende Güter- und Personenzüge, weil die Strecke nur eingleisig ist und die technischen Einrichtungen, insbesondere die Signalanlagen, den Erfordernissen eines stärkeren Verkehrs noch nicht entsprechen. Der Vertrag mit der Polnisch-französischen Eisenbahngesellschaft, der schon in dem Punkte des Betriebsbeginns nicht eingehalten worden ist (die Bahn sollte bekanntlich bereits Ende des vergangenen Jahres in Betrieb kommen), kann auch in anderen wesentlichen Punkten nicht durchgeführt werden. Die Gesellschaft übernimmt den Betrieb nicht selbst, weil es ihr an Betriebskapital fehlt. Deshalb führt die polnische Staatsbahn den Betrieb jetzt für Rechnung der Gesellschaft. Die Betriebsleitung wird als besondere Abteilung an die Danziger Eisenbahndirektion angegliedert. Lokomotiven und Waggons werden von den polnischen Staatsbahnen leihweise zur Verfügung gestellt. Die feierliche Eröffnung der Kohlenmagistrale fand am 1. März auf der Station Karschnitz in Anwesenheit des polnischen Verkehrsministers Butkiewicz, des Bischofs Tymieniecki und einiger Delegierter der französisch-polnischen Eisenbahngesellschaft statt. Der Verkehrsminister durchschnitt das Band mit den Worten: „Ich eröffne diese Linie, damit ihre Stahlfäden Oberschlesien noch fester mit Gdingen verbinden.“

Die Kommentare, mit denen die polnische Presse die Inbetriebnahme der Kohlenmagistrale versehen hat, sind z. T. alles andere als optimistisch. „Es hat bis jetzt noch kein Unternehmen gegeben,“ schrieb der sozialistische „Robotnik“, „das unter so vielen, geradezu grotesken Abenteuern, Verzögerungen und Geburtswehen zustande gekommen ist, wie diese unglückselige Kohlenbahn.“ Die Französisch-polnische Eisenbahngesellschaft habe den mit der polnischen Regierung geschlossenen Vertrag in drei sehr wesentlichen Punkten gebrochen: Sie habe die Ausgabe der zweiten Anleiherate verweigert und damit die Fertigstellung der Bahn in Frage gestellt. Sie habe ferner den vertraglich auf den 31. Dezember v. J. festgelegten Termin der Eröffnung der eingleisigen Linie Neu Herby—Gdingen nicht eingehalten. Und sie habe drittens die Bedingungen nicht erfüllt, die dahin lauten, daß die Gesellschaft den Betrieb der Linie in eigner Verwaltung vornehme und den dazu nötigen Wagen- und Lokomotivpark bei den polnischen Fabriken bestellen sollte. Dann heißt es im „Robotnik“ weiter: „Obwohl der durch den Konzern begangene Vertragsbruch der polnischen Regierung das volle Recht gibt, den Vertrag für ungültig zu erklären, hat die Regierung von diesem Recht nicht Gebrauch gemacht; und unsere Kohlenbahn soll nun als Pachtobjekt 45 Jahre hindurch in den Händen des ausländischen Kapitals verbleiben... Unbegreiflich ist unsere seltsame Nachgiebigkeit gegenüber der Arroganz des ausländischen Kapitals, das trotz des Vertragsbruches den Anspruch erhebt, daß ihm unsere wichtigste Linie beinahe ein halbes Jahrhundert gehören soll.“ — Es ist wohl nicht richtig, in diesem Falle von einer Arroganz der französischen Geldgeber zu sprechen. Daß diese sich um ihr Geld, das sie zum Bau der Kohlenbahn schon hergegeben haben und noch weiter hergeben sollen, Sorge machen, ist nur allzu berechtigt. Denn es ist wenig wahrscheinlich, daß sich die Kohlenmagistrale, wenn sie ihren Zweck, den Kohlenexport zu verbilligen, erfüllen soll, einen Gewinn abwerfen wird; und es ist noch sehr fraglich, ob die Franzosen das Geld, das sie den Polen für den Bahnbau vorgestreckt haben, jemals zurückbekommen werden. Abgesehen von diesen finanziellen Bedenken, die die Franzosen veranlassen, sich bei ihren Kapitalinvestierungen in Polen größere Zurückhaltung aufzuerlegen, spielen wohl auch noch politische Gründe mit, die in derselben Richtung wirken: die Franzosen haben nämlich keinen Anlaß, der Polen wegen ihre Beziehungen zu England zu belasten. Es ist aber kein Geheimnis, daß die Engländer auf die Kohlenbahn nicht gut zu sprechen sind. Denn der erste Zweck dieser Bahn ist ja die Verbilligung und Vermehrung des polnischen Kohlenexports in die baltischen und nordischen Länder. Eine solche Vermehrung würde sich aber auf Kosten des englischen Kohlengeschäftes in diesen Ländern vollziehen. Es ist selbstverständlich, daß London sich hiergegen zur Wehr setzt; und es ist anzunehmen, daß Paris es für angebracht hält, auf die englischen Interessen Rücksicht zu nehmen und seine weitere Hilfe für den polnischen Bahnbau nach Möglichkeit zu beschränken. Über diese Zusammenhänge scheint man sich in Polen, wo man in das „Wunder von Gdingen“ vernarrt ist, nicht ganz im klaren zu sein.

Deutsche Wacht an der Weichsel.

Von **Kurt Oskar Bark.**

(1. Fortsetzung.)

Seit Küstrin sitzt der Vize im Packwagen und serviert dem Postschaffner Kommißbrot und Büchsenwurst. Der Postschaffner dankt und ißt und nimmt auch Rotwein aus dem Aluminiumbecher.

Draußen spült der harte Ostwind um die Wagenwände, die Räder singen ihr Tick-Tack-Tack — Tick-Tack-Tack . . .

„Verhungert sind wir an der Front! Nicht mit dem Magen . . . mit dem Leben . . . wir leben doch noch . . .“

„Sie sind doch aber noch ein Kind. Das ist Dummheit!“ Der Postschaffner leert den Becher. „Als mein Mann fiel . . . das ist schon lange her ... bot man mir den Posten an, ich nahm an; seit einem Jahre fahr' ich die Post von Berlin . . . so verdien ich . . . lassen Sie doch . . . meine Familie will auch leben, so zog ich eben die Uniform an.“

„Dummheit? Kind? Weil ich achtzehn bin? Mehr hab ich erlebt als die alten Fräcke, die das Leben kennen . . .“

„Ich bin sechsunddreißig. Doppelt so alt. Lassen Sie doch eine alte Frau . . .“

„Ich bin halb so alt, ja. Verhungert nach dem Leben . . .“ Heiß spürt der Schaffner, der eine Frau ist, das hinter seinen Uniformkragen geflüstert. „. . . wenn ich achtzehn wäre und in der Prima, dann hättest du recht. Aber . . . jeden Tag war der Tod . . . und keinen Tag war das Leben . . . das Leben . . . ich kenn es nicht . . . aber ich will es . . .“

Aus den Gattern des Oderbruchs kommen keine Gänseschreie: das verhungerte Deutschland hat die Vögel schon verzehrt . . .

„Landsberg! Landsberg Warthe!!“

„Bald sind wir in Polen.“ Die Feststellung des jungen Mannes im Polenabteil begegnet eisigem Schweigen. Schließlich sagt ein Alter: „Wir sind schon auf Heimaterde . . .“

Der Lokomotivführer starrt hinaus in die Nacht, nach rechts. Nun muß Kreuz kommen, dann Schneidemühl. Und dann Nakel, die gefährliche Gegend. Dann Bromberg.

Der alte Tockarski macht wieder seinen Gang. Jetzt schläft alles im Abteil des Majors und des Hauptmanns. Der Leutnant mit den schwarzen Haaren und den blauen Augen schläft auch. Die Bengels mit den roten Binden spielen eine Karte, die die roten Darlehnskassenscheine nur so hin und her wandern läßt. Allein die Frontkerle sind ruhig; aus ihrem Abteil klingt's einförmig: „Achtzehn... Zwanzig... Vierundzwanzig . . .“ Der junge Vize fehlt. Es ist doch gut, daß man den D-Zug in Berlin überwachen ließ! Und die Polacken? Man kann nichts gegen sie sagen. Sie sind höflich und freundlich. Still setzt sich der alte Schaffner in das Abteil des schlafenden Leutnants und mustert ihn mit väterlicher Verliebtheit.

Dann kommt Schneidemühl. Als der Zug den Bahnhof verläßt, schlafen auch die Skater. Nur Tockarski wandert den Gang entlang. Und auf der Maschine hockt der Zugführer, halb geduckt, wartet angstvoll auf die Schüsse und lutscht an der Flasche. Der Heizer, der ruhig ab und an die Ofentür öffnet, lächelt ein bißchen. Was will der retten, denkt er. Sein Leben? Er lebt ja.

Der Ostwind krallt sich in Kessel und Räder. Der Ostwind hat eine stundenlange Vergangenheit. Er kommt aus eisigen Steppen, hat die Maruschka in Wilna geküßt und auf den hohlen Zähnen der Vergangenheit, auf verfallenen Türmen der Ordensritter sein Liedchen gepfiffen. Er hat die masurischen Wälder gezaust, hat auf den weiten Seenflächen Gänsehäute gemacht und im Weichseltal einen Überschlag getan. Nun ist er da, aber niemand hört ihn außer dem Zugführer, dessen Ohren nach rechts hinauswachsen möchten; außer Tockarski, der das Summen vernimmt wie die Melodie eines Teekessels daheim in Podgorz; außer den beiden im Packwagen, denen Ostwind und Räderschlag die rechte Melodie zu sein scheint für den Text vom Leben, vom ebenso herrischen wie kurzen Leben.

Der Leutnant schaut auf dem Bromberger Bahnhof aus dem Fenster. Er streicht sich den Schlaf aus dem Gesicht und mustert, was da kreucht und fleucht. Der eisige Wind von Ost weckt ihn ganz. Vor seinem Abteil stehen ein paar verliebte Leute, die sich anfauchen. Er muß das alles hören: „Nein, ich fahre!“ — „Bitte, bleib doch!“ — „Ich fahre bestimmt. Gib mir meine Tasche!“ — „Bleib doch, Kind, es ist doch Unsinn!“ . . .

Er lächelt und denkt, sie werden sich schon einigen. Flüchtig dankt er einem Vizefeldwebel, der vom Packwagen her mit gutem Gruß vorbeigeht.

Dann fährt der Zug ab. Die beiden verliebten Leute sind so vertieft, daß sie es kaum merken. Und dann weint sie, herzzerbrechend, will noch die Tasche greifen, die er hält...

Ihr werdet euch schon wieder vertragen, denkt er und zieht das Fenster hoch. Jetzt erst merkt er, daß sich das Abteil belebt hat: ein Mann in äußerst sauberer feldgrauer Uniform hat sich niedergelassen. Er trägt neben vielfachen blauen Streifen auf dem rechten Ärmel den Äskulapstab. Er macht eine Verbeugung.

„Der Schaffner wollte mich hier nicht hereinlassen. Störe ich? Doktor Schilf!“

Die „Korridore" Smogorzewskis.

Kasimir Smogorzewski hat in seinem Buche „La Poméranie Polonaise" seinen Lesern klarzumachen versucht, daß es außer dem deutschen Ostpreußen, das vom Reiche durch den polnischen Korridor losgetrennt ist, in der Welt noch 14 oder 15 andere „Ostpreußen" gibt, die sich seiner Meinung nach in einer ähnlichen Lage befinden wie die erwähnte deutsche Provinz. Nach den unmöglichen Vergleichen zu urteilen, zu denen er dabei seine Zuflucht nimmt, scheint dieser polnische Propagandist von den geographischen und geschichtlichen Kenntnissen seiner französischen Leser eine geradezu beleidigend geringe Meinung zu haben (Vgl. „Ostland" Nr. 9, „Kasimir auf der ‚Ostpreußen'-Suche".) Nun ergänzt Smogorzewski seine „Ostpreußen"-Liste noch durch eine „Korridor"-Liste, d. h. durch eine Aufzählung von Fällen, die nach seiner Behauptung dem polnischen Korridor an der Weichsel entsprechen. Er sagt: „Wir bezeichnen als Korridor den Teil eines Staatsgebietes, den die Angehörigen eines benachbarten Staates passieren müssen, wenn sie sich von einem Ort ihres Staatsgebietes auf dem kürzesten und schnellsten Wege zu einem anderen begeben wollen." Diese Charakterisierung eines Korridors ist grundsätzlich verfehlt. Was einen wirklichen Korridor, wie er in Versailles an der Weichsel geschaffen worden ist, kennzeichnet, ist nämlich die Tatsache, daß ein größerer Teil eines Staates vom Staatsganzen durch fremdes Hoheitsgebiet so abgetrennt worden ist, daß er weder auf einem kürzeren noch auf einem längeren Wege, der durch eigenes geschlossenes Hoheitsgebiet führt, erreicht werden kann. Die Tatsache einer absoluten Zerschneidung des Hoheitsgebietes durch fremdes Staatsgebiete ist in der Welt in dieser Form nur einmal, eben beim Weichselkorridor, gegeben. Das bestätigt auch Smogorzewski selbst; denn es gelingt ihm nicht, auch nur einen einzigen Fall in der Welt ausfindig zu machen, der dieses wesentlichste Charakteristikum des Weichselkorridors erfüllt, obwohl er die Landkarten aller Weltteile offenbar mit dem größten Eifer studiert hat, und obwohl er in seiner Liste nicht weniger als 20 „Beispiele" aufführt. Man mache sich einmal die Mühe, nehme sich einen Atlas vor und verfolge Smogorzewski auf seiner „Korridor"-Suche, und man wird dann das bestätigt finden, was man schon längst gewußt hat, daß nämlich der Weichselkorridor in der Welt nirgends seinesgleichen besitzt, daß es nirgends in der Welt einen Fall gibt, der zu der Behauptung berechtigen könnte, daß die deutsche These von der Unhaltbarkeit des Weichselkorridors bereits durch andere „Korridore" widerlegt worden sei.

In keinem der 20 Fälle, die Smogorzewski aufführt, wird ein Staat durch fremdes Hoheitsgebiet wirklich in zwei Teile zerlegt. Es handelt sich vielmehr überall nur darum, daß die kürzeste und schnellste Verbindung zwischen zwei Teilen eines Staates über fremdes Gebiet führt. Es besteht aber in jedem Falle die Möglichkeit, von einem Teil zum andern zu gelangen, ohne fremdes Gebiet zu passieren; nur daß dazu eben ein größerer oder kleinerer Umweg erforderlich ist. Zunächst führt Smogorzewski vier schweizerische Talmikorridore an: Die kürzeste Verbindung vom italienischen Menaggio (am Comersee) zum italienischen Pallanza (am Lago Maggiore), sagt er, führt über das schweizerische Lugano. Schön! Aber kein Italiener, der von Menaggio nach Pallanza will, braucht über Lugano zu fahren; er kann dahin auch mit einem kleinen Umweg über Como gelangen, ohne das italienische Staatsgebiet zu verlassen. Die direkte Strecke Zürich—Schaffhausen, meint Smogorzewski weiter, geht durch den „deutschen Korridor" (!) zwischen Rafz und Neuhausen. Stimmt! Aber wenn ein Devisenschieber, der Wert darauf legt, nicht mehr mit deutschem Hoheitsgebiet in Berührung zu kommen, unbedingt von Zürich nach Schaffhausen will, dann kann er unbesorgt auch über Winterthur fahren und dadurch den deutschen Boden, der ihm unter den Füßen brennen würde, vermeiden. Umgekehrt, so doziert Smogorzewski dann, will man von Basel (richtig hätte er sagen müssen: von Lörrach) nach Singen, dann durchquert man zwischen Erzingen und Tayngen einen schweizerischen „Korridor", den Kanton von Schaffhausen. Ganz richtig! Das kann man, aber man braucht es nicht; man kann auch den Schaffhäuser Gipfel umfahren, ohne die Schweiz zu berühren. „Ein Franzose aus Gex (nördlich von Genf)", fährt Smogorzewski in seiner „Beweisführung" fort, „will seine Vettern in Annemasse (in Hochsavoyen) besuchen; etwa 30 Kilometer sind die beiden Orte voneinander entfernt; aber wenn man nicht den dreifachen Weg zurücklegen will, muß man über Genf fahren" (also durch schweizerisches Gebiet). Auch das ist so weit ganz richtig. Man spart Zeit, wenn man den Weg über Genf nimmt; aber Smogorzewski sagt selber, man hat es nicht nötig, schweizerisches Gebiet zu passieren. Und schließlich: wieviel Leute gibt es schon in Gex, die den Wunsch haben, einen Vetter in Annemasse zu besuchen? Außerdem dürfte es ja Smogorzewski nicht unbekannt sein, daß wegen des Genfer Gebietes zwischen der Schweiz und Frankreich alte und mitunter recht unerquickliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Im Seealpengebiet an der italienisch-französischen Grenze liegen die Verkehrsverhältnisse etwas verwickelt: die kürzeste

---

„Sie stören keineswegs, Herr Doktor. Bitte verzeihen Sie, wenn ich Sie mit Ihrem akademischen Dienstgrad anrede, aber ich kenne mich da nicht aus. Kerber." Und dazu wirft er einen ebenso beleidigenden wie fragenden Blick auf die blauen Ärmelstreifen.

„Bitte sagen Sie ruhig Doktor, Herr Karger. Für die Streifen kann ich nichts. Ich will nur erst..." und dann beginnt er sein Gepäck zu ordnen. Kerber setzt sich in seine Fensterecke und sucht sich eine Zigarette. Das ist nicht mehr lange bis Thorn, denkt er und schaut dem Spitzbart zu. Jetzt wird er noch den Sitz abstauben, denkt er, und dann wird er freudig aufseufzen. Dann kriege ich eine Garnisonzigarre. Aber ich habe schon sicherheitshalber eine Zigarette im Mund. Und dann werde ich aufgeklärt. Über was, das wird sich schon zeigen. Er bedauert, aufgewacht zu sein. Warum bin ich schlechter Laune? Der Mann hat mir doch nichts getan. Wahrscheinlich bin ich nicht ausgeschlafen. Oder die blauen Bänder reizen mich... Er steht auf, geht in den Gang.

„Wann sind wir in Thorn, Herr Schaffner?"

„Eine knappe Stunde noch, Herr Leutnant." Der alte Tockarski erzählt etwas von Dank für die Hilfe, Kerber lehnt lächelnd ab.

„Bestien muß man streicheln, Herr Schaffner, mit Katzenpfötchen. Sie dürfen's nicht merken, daß da Krallen drinstecken, aber sie müssen's befürchten." Das sagt er mit einer Stimme, die singt wie das Miauen eines mittelgroßen tropischen Katzentiers...

Der Doktor im Abteil hat das Buch aufgehoben. Es ist ein zerlesenes Exemplar der zehnten Muse, Verse sind angestrichen, die Ränder sind mit Schießnotizen, Wettermeldungen, Anschriften und Skizzen vollgekritzelt. „11. 11. 18" steht an der aufgeschlagenen Stelle, neben den Zeilen:

„Der Degen mangelt, und Spazierstockhiebe
Verletzen zwar, doch machen sie nicht frei..."

Er mustert durch die Türscheibe den Besitzer. Interessanter Kerl, denkt er. Zu blauen Augen dunkles Haar. Viel über zwanzig mag er noch nicht sein. Die Uniform ist eine ziemlich mitgenommene Mannschaftsbluse mit grauen Achselstücken, die zerdrückt und verbogen sind. Unter dem E. K. I. hängt das silbergraue Verwundetenabzeichen. Was hat er für eine merkwürdige Hose an? Das ist doch...?

Als Kerber das Abteil wieder betritt, fragt ihn der Doktor nach der Herkunft der Hose. „Wo gibt es die, Herr Leutnant?"

„In englischen Magazinen. Die Schuhe und die Wickelgamaschen hab ich mir auch dort verpaßt." Er sucht seine Sachen zusammen, legt sie bereit. Es tut ihm leid, den Doktor schlecht behandelt zu haben, freilich tat er es nur in Gedanken.

Eine kleine Frage nach den Zuständen in der Heimat hat schon genügt. Der Doktor erzählt gern. Die blauen Ärmelstreifen? Ja, das sei Kommandanturbefehl. „Die Herren in Bromberg tragen sie alle. Ich möchte auch lieber die ehrlichen alten Abzeichen tragen, man kann da nichts machen, der einzelne setzt sich nur Unannehmlichkeiten aus."

Kerber denkt an die mancherlei Unannehmlichkeiten, denen sich der einzelne an der Front aussetzte. Er antwortet nicht. Der Doktor ist nicht mehr ganz jung. Das Bild, das er von den Zuständen entwickelt, übertrifft Kerbers Befürchtungen, obgleich er durch allerhand Erfahrungen in Brüssel, Köln und zuletzt in Berlin gut vorbereitet ist. Wo blieben da die Führer? Ratloser Haufe großspuriger Herren, die gekränkt gehen, wenn ihre Befehle in den Wind geschrieben sind; die „die Verantwortung ablehnen", sobald sie beginnt: oder die wahllos die verkehrtesten Mittel versuchen, um „zu retten, was zu retten ist".

„...dieser wundervolle Wildpark hier bei Ostrometzko! Leer! Mit Maschinengewehren hat man die letzten Hirschrudel zusammengeknallt, denken Sie bloß, Herr Karger, mit Maschinengewehren auf Hirsche!..."

„Kerber bitte. Hatten die Leute denn Hunger?" Kerber hat nur mit halbem Ohr zugehört. Soll er dem alten Herrn eine Vorlesung halten über die Schuldfrage? Ganz abgesehen davon, daß solche Geschichten immer zwei Hauptschuldige — den Täter und den, der sich's gefallen läßt— hat, ganz abgesehen davon: wie kann z. B. ein ausgewachsener General wie der Gouverneur von Thorn den Soldaten vom Offizierstellvertreter abwärts für lange Wochen das Betreten des ... Bürgersteigs verbieten? Urlauber, ältere angesehene Bürger, mußten Zivilisten bitten, ihre Briefe in den Kasten zu werfen. Aus Gründen der Disziplin. Kerber wartet seit seinem letzten Urlaub heute noch vergeblich und erbittert auf einen Anpfiff: er hat damals mit mehreren anderen Leutnants lange Spaziergänge durch Thorn gemacht und den Bürgersteig ebenfalls nicht betreten. Viermal haben ihn ältere Offiziere um seinen Namen ersucht, viermal hat er seine genaue Anschrift abgegeben. Sein Batterieführer hat über seinen Bericht gelacht, ein bittergalliges Lachen. Sie lagen damals gerade einem unübersehbaren Tankgeschwader gegenüber...

„...Wir Alten sind für solche Rollen nicht mehr geeignet, Herr Kerber. Aber Leute wie Sie müßten hinein in die Soldatenräte, müßten die Führung an sich reißen, und dann... die Weltgeschichte hat genug Beispiele. Denken Sie nur mal an Napoleon..."

Richtig, der hat auch als Leutnant der Artillerie angefangen, freilich in einem Volk mit nationalem Instinkt. Aber weiß man? Gründen wir eine Dynastie Kerber. Franz der Erste. Der Gedanke erbittert ihn irgendwie.

(Fortsetzung folgt.)

Bahnverbindung zwischen Turin und Ventimiglia, zwei italienischen Städten, führt auf der Strecke zwischen Tontan und Breil durch französisches Hoheitsgebiet; andererseits geht die Bahnstrecke von Breil nach Nizza, zwei französischen Städten, auf kurzer Strecke durch italienisches Gebiet; und schließlich führt der bequemste Weg vom französischen Mentone nach Breil über das benachbarte italienische Ventimiglia und von dort das Rojatal aufwärts. Das sind — wie gesagt — die kürzesten, bzw. bequemsten Wege. Man kann aber auch von Turin nach Ventimiglia, bzw. von Breil nach Nizza oder von Breil nach Mentone gelangen, ohne die Grenze zu überschreiten. Nur dauert es etwas länger, und der Weg bzw. die Fahrt, ist nicht so bequem.

Acht weitere angebliche Korridore sind nach Smogorzewski an den Grenzen der europäischen Ost- und Südoststaaten zu suchen. Sieben von ihnen sind bei der z. T. völlig sinnlosen Zerreißung der großen Verkehrsnetze des habsburgischen bzw. des russischen und türkischen Reiches entstanden. Sie tragen also von vornherein den Stempel des Gewaltsamen an sich; sie haben sich z. T. in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht als so hinderlich und verbitternd erwiesen, daß sie wesentliche Elemente der europäischen Grenzrevisionsbewegung darstellen. Schon aus diesem Grunde hätte Smogorzewski besser daran getan, diese Beispiele beiseite zu lassen. Da er es aber nicht getan hat, muß er sich wohl den Hinweis gefallen lassen, daß man ein Unrecht nicht mit einem anderen entschuldigen und eine Torheit nicht durch die Berufung auf eine andere abschwächen kann. Es ist ermüdend, sich mit all diesen Beispielen (Smogorzewski führt auch eines aus Ostasien und einige weitere aus Nordamerika an) einzeln auseinanderzusetzen. Es kommt immer wieder auf dasselbe hinaus: Man hat die Wahl, entweder ganz durch eigenes Staatsgebiet zu fahren oder eine kürzere, aber teilweise durch fremdes Staatsgebiet gehende Strecke zu benutzen. Darüber gibt, wenn man sich die Mühe machen will, ein Blick auf die Landkarte ohne weiteres Auskunft. Es genügt daher, die Smorgorzewskischen Beispiele (was im folgenden der Vollständigkeit halber geschehen soll) aufzuzählen. Es führt die kürzeste Bahnverbindung:

von Jägerndorf nach Lichtenau (Tschechoslowakei) durch reichsdeutsches Gebiet über Ziegenhals,
von Klagenfurt nach Graz (Österreich) durch südslawisches Gebiet über Marburg a. d. Drau,
von Sathmar nach Marmarosch Sziget (Rumänien) durch tschechisches Gebiet über Huste,
von Marmarosch Sziget nach Tschernowitz (Rumänien) durch tschechisches und polnisches Gebiet über Jaschina und Kolomea,
von Szegedin am Theiß nach Baya an der Donau (Ungarn) durch südslawisches Gebiet über Maria Theresiopel,
von Konstantinopel nach Adrianopel (Türkei) durch griechisches Gebiet über Burgas,
von Pernau nach Werro (Estland) durch lettisches Gebiet über Walk,
von Riga nach Libau (Lettland) durch litauisches Gebiet über Masseiten (Mazaikiai),
von Tschita nach Wladiwostok durch mandschurisches Gebiet über Charbin,
von Montreal nach St. John (Kanada) durch Maine, den östlichsten Teil der Vereinigten Staaten,
von Neuyork nach Chikago durch kanadisches Gebiet, nördlich des Eriesees,
von Port Arthur am Oberersee nach Winnipek (Kanada) durch USA.-Gebiet südlich des Wäldersees (Lake of the Woods),
von St. Diego nach Yuma durch mexikanisches Gebiet.

Smogorzewski sagt schließlich auch noch von der südlichsten der großen kanadischen West-Ostbahnen, daß sie im gebirgigen Westen mehrfach die Grenze zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten überschneide. Diese Grenze verläuft auf einer Strecke von rund 2000 km schnurgerade auf dem 49. Grad nördl. Breite. Hat Smogorzewski auf der seinem Text beigegebenen Kartenskizze nicht etwa in recht großzügiger Weise den 49. Breitengrad ein Stück nach Norden verlegt?

Wenn man diese komische Korridorspielerei des polnischen Propagandisten noch weiter fortsetzen wollte, dann könnte man z. B. auch noch sagen: der kürzeste Weg von Polozk nach Minsk führt über das heute polnische Molodetschno (Wilnagebiet), der kürzeste Weg von Breslau nach Schneidemühl über das heute polnische Posen, der kürzeste Weg von Rosenberg nach Beuthen O.-S. über das heute polnische Lublinitz, der kürzeste Weg von Neidenburg nach Deutsch-Eylau über das heute polnische Soldau, der kürzeste Weg von Bütow nach Schlochau über das heute polnische Konitz. Und so ließen sich noch einige weitere Beispiele finden, die alle das eine gemeinsame haben, daß es polnisches Gebiet ist, das deutsche oder russische Bahnstrecken zerschneidet. Warum hat Smogorzewski gerade diese polnischen Beispiele vergessen? Es war ihm wohl peinlich, von dieser Zerreißung alter Verkehrsnetze durch die heutigen polnischen Grenzen zu sprechen!

Mit dem Weichselkorridor läßt sich kein einziges der Beispiele, die Smogorzewski bringt, vergleichen. Denn nirgends wird die Geschlossenheit eines Staatsgebietes, wie es im deutschen Nordosten der Fall ist, zerstört. Smorgorzewski hat, indem er sich auf die Suche nach „Korridoren" in der Welt begab, nur bewiesen, daß der Weichselkorridor in seiner Art einzig in der Welt dasteht und sich durch keinen Hinweis auf irgendeinen anderen Grenzzustand entschuldigen oder in seiner politischen Bedeutung abschwächen läßt. Dr. Kredel.

Von der polnischen Propaganda.

Polnische Rheinromantik.

Man ist, was die Geschichtskenntnisse der Polen oder vielmehr ihren Mangel an solchen Kenntnissen anlangt, ja an manches gewöhnt. Was sich aber kürzlich im Warschauer Senat der Herausgeber der „Gazeta Grudzionska", Senator Kulerski, geleistet hat, das setzt doch allem die Krone auf. Es gibt Leute in Polen, die so „bescheiden" sind, die Oder als Grenze zu fordern; es gibt andere, die lieber gleich bis an die Elbe-Saale-Linie herangehen möchten. Kulerski ist auch das offenbar noch nicht genug. Das heutige Deutschland, sagte er, stelle ein Produkt unaufhörlicher Eroberungen dar. Riesige Gebiete bis zum Rhein und über den Rhein hinaus seien einst von Slawen bewohnt gewesen, und diese Slawen seien später von den Deutschen ausgerottet worden. Die Deutschen hätten die Psyche von Eroberern; sie strebten nach der Weltherrschaft, und die Flut ihres Hasses stürme an gegen die polnischen Schranken. Die Frage laute: „Wir oder sie." Ja, wenn die Dinge so liegen, wenn die Slawen bis an den Rhein und sogar darüber hinaus gereicht haben, dann werden wir wohl auf den Mond umziehen und von dort zusehen müssen, wie sich die Polen mit den Franzosen um ihre Westgrenzen streiten. Daß Kulerski eine solche Geschichtsphilosophie zum besten gegeben hat, ist ja an sich nicht allzu tragisch zu nehmen. Daß sich unter all' den ehrenwerten Männern des „Hohen Hauses" in Warschau aber keiner gefunden hat, der es für angebracht gehalten hat, die Rheinromantik dieses Volksvertreters zu dämpfen, das gibt doch zu denken.

Ritter der Ehrenlegion.

Der Herausgeber der früher in Danzig in deutscher Sprache erschienenen deutschfeindlichen „Baltischen Presse", Emil Ruecker, der, seitdem sein Blatt sein Erscheinen einstellen mußte, im polnischen Außenministerium als stellvertretender Chef der Presseabteilung tätig ist, ist vom französischen Außenminister für seine propagandistischen Verdienste mit dem Orden der Ehrenlegion ausgezeichnet worden.

Fünf Jahre Zuchthaus für Verrat.

Der 1. Strafsenat des Kammergerichtes verurteilte den früheren Studienrat Fritz Arndt wegen vollendeten Verrates militärischer Geheimnisse zugunsten Polens zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Verurteilte hatte den polnischen Behörden im deutschen Abwehrdienst beschäftigte Personen namhaft gemacht.

Polnische Hetzblätter verboten.

Der Oberpräsident von Oberschlesien hat die in Hindenburg (O.-S.) in polnischer Sprache erscheinende Halbmonatsschrift „Glos Ludu", das Organ der polnisch-sozialistischen Partei in Oberschlesien, mit sofortiger Wirkung bis zum 31. August einschließlich verboten.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, hat die Verbreitung der in Kattowitz erscheinenden polnischen Zeitung „Polska Zachodnia" im Inland auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 bis einschließlich 31. Mai 1933 verboten.

Der Oberpräsident von Ostpreußen hat die „Gazeta Olsztynska" in Allenstein vom 3. bis 1. März einschließlich und den „Mazur" in Ortelsburg vom 3. bis 30. März einschließlich verboten.

Ostmärker! Erscheint in Massen zu der Feierstunde der Jungscharen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Deutschen Ostbundes, die am Volkstrauertag, Sonntag, dem 12. d. M., nachmittags 4 Uhr, im „Ulap" (Landesausstellungspark am Lehrter Bahnhof) stattfindet. (Vergleiche die Notiz unter „Aus der Bundesarbeit.) Die Feierstunde gilt nicht nur der Erinnerung an alle, die für unsere Heimat im Weltkrieg und im Grenzschutz gefallen sind, sondern auch dem Gelöbnis, daß wir uns mit aller Kraft für die Zurückgewinnung der geraubten Heimat einsetzen wollen. Darum, liebe Landsleute, erscheint alle, Männer und Frauen, jung und alt zu dieser Ostbundkundgebung!

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Nach schwerer Krankheit rief Gott der Herr heute meinen geliebten Mann, unseren liebevoll besorgten Vater, Sohn und Bruder, den Zechenbeamten

Johannes Ernst Friedrich Moog

Leutnant der Ref. der Fest. Eisenbahn-Betr.-Abtlg. 1

im Alter von 39 J. zu sich in die Ewigkeit.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Hildegard Moog, geb. Krüger
Eberhard und Heidi als Kinder

Lintfort, Alleestr. 5, St. Goar, Essen, Frankfurt (Oder), den 28. Februar 1933.

Ostmärker! **Tretet unserer Ostbundsterbekasse bei.** Auskunft erteilt die Bundesleitung in **Berlin W 30, Motzstraße 22.**

Flüchtling

sucht auf 17 Morg. Landwirtschaft alten Mann bei guter Kost u. Wohnung f. leichte Arbeiten, dem nur an Dauerstellung gelegen ist. Angeb unter 2843 an das Ostland erbeten.

Suchen ab sofort einen

Lehrling

der das Kupferschmiede-Handwerk erlernen möchte. Nicht unter 16 J.

Neustettiner Apparatebau, Zentralheizungsgeschäft.
Inh. Fr. Grunert, Kupferschmiedemeister.

Welcher hilfsbereite Landsmann (Selbstgeber) gibt **Beamten**, fest angestellt, Ostmärk., ein Darlehen von

500,— RM.

auf etwa 1 Jahr? Angeb. unter 2841 an das Ostland erbeten.

Ältere evgl.

Wirtschafterin

Vollwaise, ehemalige Landwirtstochter, **sucht** selbständig. **Wirkungskreis** in besserem Stadt- od. Landhaushalt. Bin firm in jed. häuslichen Gebiet. Gute Zeugnisse und Referenzen vorh. Gef. Angeb. unt. 2838 an das Ostland erbeten.

Wer kennt

die Anschrift des **Ernst Posiege?** Es handelt sich um einen kleinen Aufwertungsbetrag der Stadtsparkasse Jarotschin. Mitteilungen unt. **2836** an d. Ostland erb.

Wer kennt

die Anschrift von erbberechtigten Verwandten des in Polen verstorbenen **Louis Stolp**, geboren in Landsberg a. Warthe? Gef. Ang. u. **2840** an d. Ostland erb.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.
(Geschädigtenhilfe des Deutschen Ostbundes)
Berlin W. 30, Motzstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von
6% Reichsschuldbuchforderungen
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)
Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Zur Beachtung!

Die Anzeigengebühren sind jeweils innerhalb 8 Tagen nach Erscheinen zu begleichen. Nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Einziehung des Betrages zuzügl. der Spesen durch Nachnahme.

Der Ostdeutsche Heimatkalender darf in keiner Ostmärkerfamilie fehlen!

Der **„Ostdeutsche Heimatkalender"** klärt auf über Lage und Entwicklung des gesamten Ostdeutschtums, er berücksichtigt besonders den am schärfsten umkämpften Teil der deutschen Ostfront, die uns von Polen geraubten Gebiete und die schwer notleidende uns verbliebene Ostmark. Er enthält künstlerisch hochwertige Abbildungen. — In den Aufsätzen bewährter Kenner des Ostens bietet er reiches Aufklärungsmaterial für jeden, der sich mit Ostfragen befaßt. In den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausschnitt aus dem literarischen Schaffen der Ostmark. Als wertvolle Waffe im Kampfe um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausschneiden! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich .... Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933"

zum Preise von 1,50 Mark, als **Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.**

Zuzüglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Postscheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Straße: ....

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Ostmärker! **Provisionsfrei!**

Glänzende Existenzen!

Anzahlung M.

Gasthof mit Gesellschaftssaal, Café u. Diele in lebh. Stadt Thüringens	n. Vereinbg.
Kurhaus m. entzück. Fernsicht, nahe Zürich . . . . . . sfr.	35 000
Drei-Familien-Wohnhaus, 1929 erbaut, in Aarau (Schweiz) sfr.	12 000
Villa, 8 Zimmer, jegl. Komf., parkartiger Garten, auch als Pension m. kl. Café geeign., in Schwarzwaldstädtchen	n. Vereinbg.
Villa i. Villingen (Schwarzwald)	30 000
Landhaus (14 Zimmer) i. Traunstein (Oberbayern)	22 000
Landhaus-Villa (Lößnitzgrund) b. Dresden, evtl. m. 2 Baustellen	15 000
Ziegelei-Grdst., 32 Mg. gr., b. Stettin	n. Vereinbg.
Gutshof m. erstklass. Bauterrain in bevorzugter Stadtlage von Zwickau . . . . . . pro qm	0,60
Wohn- u. Geschäftsgrdst., geeign. f. jed. Art Fabrikation, auch a. Kinderheim od. Erholungsheim im Thür. Wald . . .	18 000
Hotelgrdst. in lebh. Stadt der Prignitz	30 000
Geschäftsgrdst. m. Kohlenhandlg. in bekannt. Badeort Meckl.	16 000—18 000
Pensionsvilla, direkt a. Kurpark in Pyrmont	n. Vereinbg.
Wohnhaus (7 Zimmer) am Lago maggiore, unweit Locarno (Schweiz)	n. Vereinbg.
Fleischerei-Grdst. in lebhafter Stadt der Mark	15 000
Konditorei- u. Café-Grdst. in württ. Sommer- und Winter-Kurort (Schwarzwald) . . .	19 000
Bäckereigrdst. in kl. Ortschaft, Nähe Rostock . . .	10 000—15 000
Bäckereigrdst. in kl. Ortschaft, Nähe Eberswalde	22 000
Gasthof in einem industriereichen Vorort von Dresden . . .	25 000
Fabrikgrdst. b. Lauban (Schles.)	n. Vereinbg.
Grdst., f. Fleischerei od. Viehgroßhdl. geeign., in bekannt. Kurort d. Uckermark . . .	20 000
Geschäftsgrdst. m. Kolonialw.-Hdlg. in Meckl., Amt Wismar	4000—5 000
Gasthof (Doppelgrdst.) im sächs. Erzgeb.	15 000
Landwirtsch. Grdst., 126 Mg. gr., i. d. Uckermark	30 000
Hotelgrdst. in Luftkurort Schles.	20 000
Hotelgrdst. in lebhaft. Industriestadt d. Waldenburger Berglandes	20 000
Hochherrsch. Villa im Kurort „Weißer Hirsch" b. Dresden .	40 000
Nudel- u. Teigwarenfabrik in Kreisstadt Waldecks . .	n. Vereinbg.
Hotelgrdst. im Spreewald . . .	30 000
Villenbesitzung in bester Lage Potsdams	20 000
Einfamilienhaus im Kanton Zürich . . . . sfr.	10 000
Wohngrdst. m. Baugeschäft i. d. Uckermark	11 000
Villengrundstück in Treptow (Tollense)	15 000

Bild-Prospekte kostenlos.

KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.



Ostbund- und Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 11 der Wochenschrift „Ostland“ des Deutschen Ostbundes/1933.

Entschädigungswesen.

6 % Reichsschuldbuchforderungen.

Das Ergebnis der Reichstagswahl hat sich günstig auf die Entwicklung der Schuldbuchkurse ausgewirkt. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Herstellung der politischen Stabilität in Deutschland einen Aufschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Folge haben wird und hierdurch die Bemühungen der Regierung um Belebung von Industrie, Handel und Gewerbe kräftig unterstützt werden. Da die Schuldbuchforderungen den Erwerbern eine verhältnismäßig hohe Verzinsung bieten, ist anzunehmen, daß die Steigerung der Schuldbuchkurse anhält. Für die kürzeren Fälligkeiten besteht allerdings die Möglichkeit einer größeren Steigerung nicht mehr, da diese nur wenige Prozente vom Einlösungswert entfernt sind. Wir möchten deshalb nochmals auf unsere Ausführungen in „Ostland“ Nr. 9 vom 24. Februar hinweisen, in denen wir die Besitzer von Schuldbuchforderungen mit kurzen Fälligkeiten auf die gegebene Gelegenheit, durch Umtausch ihrer Schuldbuchforderungen in spätere Fälligkeiten einen Kapitalgewinn und eine höhere Verzinsung zu erlangen, aufmerksam machten. — Am 8. d. M. wurden uns folgende unverbindliche Verkaufskurse genannt:

	I.	II.		I.	II.
1933	99¼ v. H.	99¼ v. H.	1939	83 v. H.	82 v. H
1934	98¼ „ „	98 „ „	1940	82 „ „	81 „ „
1935	93½ „ „	93 „ „	1941	81 „ „	80½ „ „
1936	91½ „ „	90½ „ „	1942	80 „ „	80 „ „
1937	87 „ „	85½ „ „	1943—48..	79 „ „	78½ „ „
1938	86 „ „	85 „ „			

Wiederaufbauzuschläge 1944—45 38 v. H., 1946—48 37 v. H.

Hb.

Bundesnachrichten.

Rundschreiben 2

geht in diesen Tagen den empfangsberechtigten Ortsgruppen über die Landesverbände zu. Es enthält sehr wichtige Mitteilungen über die Wiederaufrollung des Entschädigungsverfahrens und andere Fragen. So gibt es den Wortlaut einer Eingabe an die Leitungen aller großen Parteien wegen angemessener Erhöhung der Entschädigungen und Schaffung einer Nothilfe für Verdrängte sowie die Antwort der Parteileitungen, soweit sie bisher eingegangen sind, wieder. Ferner werden wichtige Mitteilungen gemacht über die Rolle, die die Entschädigungsfrage im letzten Wahlkampf gespielt hat. Mitgeteilt wird ferner eine Eingabe an den Reichsfinanzminister um Verlängerung der Frist für die Urkundenaussonderung aus den Entschädigungsakten; ebenso wird eine Eingabe der Ostbundleitung an den Reichskanzler Adolf Hitler wiedergegeben, in der gebeten wird, die Vernichtung erledigter Entschädigungsakten, mit der sonst in diesen Tagen begonnen werden soll, zu verhüten. Abschrift dieser Eingabe ist dem Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk mitgeteilt worden mit dem Ersuchen, auch seinerseits die Angelegenheit nochmals wohlwollend zu prüfen und von der Aktenvernichtung abzusehen, jedenfalls aber anordnen zu wollen, daß damit nicht begonnen wird, ehe der Reichskanzler zu unserer Eingabe Stellung genommen hat. In der Eingabe ist namentlich darauf hingewiesen, daß durch die Vernichtung der Akten die Unterlagen für die erstrebte spätere Entschädigung des Existenzverlustes und ähnlicher Nichtsachschäden, sowie die Nachprüfung besonders in den Fällen, in denen Entschädigungen und Härtefondsbeihilfen abgelehnt worden sind, unmöglich gemacht werde. Namentlich wegen der abgelehnten Anträge ist ausführlich darauf hingewiesen worden, daß die Geschädigten diese Ablehnung mit vollem Recht vielfach als eine große Härte empfinden, die nicht für ewige Zeiten bestehen darf. Nähere Auskünfte darüber erhalten die Geschädigten durch unsere Ortsgruppen. Das Rundschreiben enthält ferner Mitteilungen über die Ursachen der Verzögerung des Spruchverfahrens in der Emigrantensteuerabfindung und andere Beiträge, so daß es für alle Verdrängten von Bedeutung ist und es sich empfiehlt, daß diese an den nächsten Monatsversammlungen der Ortsgruppen, in denen die Rundschreiben bekanntgemacht werden, teilnehmen.

Pfarrer Pelz-Kassel,

der Vorsitzende der Ostbund-Ortsgruppe Kassel, wird am 17. März, 18.25 Uhr, über den Frankfurt-Kasseler Sender über das Thema sprechen: „Was Versailles uns im Osten nahm“.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Süd: Monatsversammlung am Montag, 13. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Berliner Kindl-Brauerei in Neukölln, Hermannstr. 214—219. Filmstreifen: Eine Wanderung auf Insel Rügen und das deutsche Volkslied.

Frauendienst Landesverband Berlin-Brandenburg: Versammlung am Dienstag, 14. März, nachmittags 4 Uhr, im Café Gärtner, Holsteinisches Ufer 27/28 (Stadtbahnhof Bellevue).

Ortsgruppe Kassel: Massenkundgebung für den verlorenen Osten, Sonntag, den 19. März, ½12 Uhr, auf dem Friedrichsplatz. Alle Mitglieder sind zur Stelle. Die Fahnenabordnung nimmt teil. — Am Freitag, dem 17. März, 18.25 Uhr, spricht Pfarrer Pelz im Süddeutschen Rundfunk über „Was Versailles uns im Osten nahm“.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Feierstunde des Landesverbandes Berlin am Volkstrauertag. Am Sonntag, dem 12. März, findet um 4 Uhr im Ulap, Alt-Moabit 15, bei freiem Eintritt eine Feierstunde statt, zu der die Jungscharen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg alle Ostmärker und ihre Familien herzlichst einladen. Außer Liedern und Gedichten wird ein Teil des Oberschlesien-Dramas „Volk an der Grenze“ von Fitzek aufgeführt werden. Dr. Thiele hält eine Ansprache zum Volkstrauertag, in der er das „Trauern und Leiden um den deutschen Osten“ zum Ausdruck bringen wird.

Die **Ortsgruppe Berlin-West** hielt am 3. März im „Viktoriagarten“, Wilhelmsaue, ihre Hauptversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorsitzende, Herr Kattau, konnte die Bundespräsidenten Ginschel und Geheimrat Schmid, sowie den Landesverbandsvorsitzenden, Konrektor i. R. Vater, begrüßen. Der Jahresbericht gab ein Bild von der regen Tätigkeit der Ortsgruppe und einen Überblick über das, was in den einzelnen Monatsversammlungen und bei den sonstigen Veranstaltungen geboten worden ist. Besonders hervorgehoben wurde die schöne stimmungsvolle Weihnachtsfeier, bei der wieder Herr Pastor Gürtler, früher Posen, die wahrhaft erhebende Festrede hielt und eine große Anzahl von Kindern bei der Einbescherung erfreut werden konnte, während zugleich einer Anzahl bedürftiger alter Mitglieder Weihnachtsgaben ins Haus gesandt wurden. Der ebenfalls von Herrn Kattau erstattete Kassenbericht bildete einen Beweis für die vorsichtige und sparsame Kassenverwaltung, zugleich aber leider auch dafür, daß eine größere Anzahl von Mitgliedern mit ihren Beiträgen im Rückstand ist. Es wurde dringend gebeten, daß die Mitglieder, soweit sie dazu irgend in der Lage sind, doch die rückständigen Beiträge entrichten möchten, da gerade in der jetzigen schwierigen Zeit die Kampffähigkeit des Ostbundes erhalten werden muß. Die beantragte Entlastung wurde erteilt. Die bisherige Kassenführerin, Frl. Hoffmann, die zu ihrer Schwester nach Kottbus verzogen war, ist alsbald nach der Übersiedlung daselbst verstorben. Ihr Andenken sowie das des verstorbenen Herrn Richter wurde durch Erheben von den Plätzen geehrt. Herr Thomas wurde als Kassierer neu in den Vorstand gewählt. Die übrigen ausscheidenden Vorstandsmitglieder, darunter Herr Rechtsanwalt Dr. Hartwig, wurden wiedergewählt. Der vom Vorstand vorgeschlagenen Herabsetzung der Beiträge von 80 auf 75 Pf. wurde zugestimmt. Der Landesverbandsvorsitzende, Herr Konrektor i. R. Vater, überreichte darauf mit Worten warmer Anerkennung Herrn Rektor i. R. Schober, dem 2. Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, der viele Jahre lang Vorsitzender der Ortsgruppe Rathenow war und seit seiner Übersiedlung nach Berlin der Ortsgruppe Berlin-West angehört, die silberne Ehrennadel, die höchste Auszeichnung des Deutschen Ostbundes, sowie einem alten treuen Mitglied, Herrn Kaufmann Ernst Holz (früher Bromberg) die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes. Bundespräsident Ginschel berichtete kurz über die letzten Maßnahmen und Eingaben der Bundesleitung hinsichtlich der Wiederaufrollung des Entschädigungsverfahrens und der Schaffung eines neuen Härtefonds. Herr Vater hielt dann einen außerordentlich interessanten Vortrag über das Thema „Volks- und Wirtschaftskampf im Osten“. Er schilderte in großen Linien den Verlauf der Ostkolonisation nicht nur im Nordosten, sondern auch im Südosten Europas, dabei die Bedeutung wichtiger geschichtlicher Ereignisse für die Gestaltung der Ostkolonisation darlegend, zum Schluß auf den Verlust unserer alten Heimat und seine Ursachen kurz eingehend und zum Kampf in ostmärkischer Geschlossenheit und Einigkeit mit dem Gesamtvolk für die Zurückgewinnung der uns verlorengegangenen Heimat auffordernd. Lebhafter Beifall zeigte, wie sehr

der Vortragende den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte; ebenso ergab das eine kurze Aussprache, an der sich auch Herr Geheimrat Schmid beteiligte und die den im Ostbund herrschenden Kampfgeist in die Erscheinung treten ließ. Mit einer Werbung des Herrn Kattau für das „Ostland“ und den Ostdeutschen Heimatkalender, die besten Waffen im Kampf um die Ostheimat, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Ortsgruppe Potsdam und Umgegend. Die gut besuchte Februarversammlung der Ortsgruppe stand unter dem Zeichen einer dem Volkstumsgedanken gewidmeten Veranstaltung. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils brachte der 1. Vorsitzende, Herr Rektor Blum, in einleitenden Worten einen Hinweis auf die Bedeutung des Vortragsthemas für die Durchsetzung des Ostgedankens. Er bezeichnete es als ein besonderes Verdienst des Redners dieses Abends, Dr. Ernst Otto Thiele, als Reichsjugendführer des Ostbundes die wachsende Zahl der im Ostgedanken versammelten Jungscharen mit den Elementen der Pflege deutschen Volkstums vertraut gemacht und für die praktische Grenzlandarbeit eingestellt zu haben. In seinen Ausführungen verstand es Dr. Thiele, die Gesamtheit der wertvollen Kräfte zu würdigen, die nur aus der engen Verbundenheit eines Volkes mit der Scholle gewonnen werden können. Das deutsche Volk müsse eine entschiedene Rückwendung zu den Quellen jeder geistigen, kulturellen und sozialen Volksgemeinschaft, zu Blut und Boden, vollziehen. Aus der Entwurzelung heraus, der so viele Teile und Schichten der deutschen Bevölkerung mit ihrer Übersiedlung in die Großstädte und Industriezentren anheimgefallen sind, wird eine zukunftsbewußte Staatsführung die von der eigentlichen Volksgemeinschaft abgetrennten Massen wieder zur heimatlichen Verbundenheit mit der Scholle und damit zu bewußtem Volkstum zu gewinnen wissen. Diese Voraussetzungen einer neuen Volks- und Reichswerdung werden allerdings nur im langsamen unausgesetzt wirkenden Aufbau erfüllt werden können. Der Redner betonte in diesem Zusammenhang mit besonderem Nachdruck, daß nur ein freies Volk auf eigener Scholle so elastisch und kampffähig zu bleiben vermöge, wie es die Größe der dem Deutschtum obliegenden Aufgaben erforderlich mache. Zur Überwindung mancher trüben Erscheinung deutscher Grenzlandnot im Osten müssen die gegenwärtigen Verhältnisse, wie sie sich aus dem Überwiegen einer breiten Schicht herrschenden Großgrundbesitzes gegenüber einem abhängigen Kleinsiedler- und Kossätentum für eine geschlossene Volksgemeinschaft vielfach störend ergeben haben, grundlegend geändert werden. Hier habe die Ostsiedlung als eine große deutsche Volksbewegung Wandel zu schaffen; sie werde nicht nur zu dem erstrebten sozialen Ausgleich, sondern vor allem auch zum Erstarken der Nation sowie zur Erneuerung des Reiches führen. Die bei der großen Gemeinschaftsaufgabe von jedem einzelnen Volksgenossen aufzubringende Kleinarbeit, Aufklärung und Betreuung sei unentbehrlich. Im Anschluß hieran brachte nun Dr. Thiele in einer Auswahl gut zusammengestellter Lichtbilder eine der Vertiefung des behandelten Themas dienende Übersicht deutscher Volkstrachten, Volkssitten und -gebräuche, von bemerkenswerten Haustypen und ursprünglichem Hausrat. — Die Jungschar des Ostbundes nahm die beifällig begrüßte Gelegenheit, im Rahmen der Veranstaltung ihre Volkslieder und einige Musikstücke vorzutragen. Man konnte so recht die Freude der Jugend erkennen, in Anwesenheit des Reichsjugendführers Zeugnis von dem frischen lebendigen Geist, der diese jugendlichen Mitkämpfer des Ostgedankens beseelt. Für die Fülle der programmatisch herausgearbeiteten Gedanken des fesselnden Vortrages dankten die Teilnehmer des Abends mit reichem Beifall und besonderen Worten der Anerkennung.

Ortsgruppe Tegel. Am 16. Februar hielt die Ortsgruppe in den Bötzow-Braustuben ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nachdem der Schriftführer das Protokoll verlesen hatte, wurde zur Wahl geschritten. Es wurden wiedergewählt Herr Paul Runge zum Vorsitzenden, Herr Fr. Priebe zum 1. Schriftführer und Herr Konrektor Joh. Kerkow zum 1. Kassierer; ebenso die übrigen Vorstandsmitglieder. Herr Sanitätsrat Dr. R. Straßmann-Mariendorf hielt einen Vortrag über unsere Heimat, den die Anwesenden mit Begeisterung aufnahmen. Herr Dr. St. setzte einige Exemplare seiner Broschüre „Allerlei Ostmärkisches“ ab und stiftete den gesamten Erlös für die Tegeler Jugendgruppe. Die Mitglieder blieben anschließend noch in angenehmster Stimmung beisammen.

Landesverband Ostmark.

Die Ortsgruppe Frankfurt (Oder) (Verein heimattreuer deutscher Posener) hielt am 21. Februar im Deutschen Heim ihre Monatsversammlung ab, die gut besucht war. Nach Abwicklung der üblichen Tagesordnung ermahnte der 1. Vorsitzende, Stadtrat a. D. Bartel, alle Landsleute, vollzählig an den kommenden Wahlen teilzunehmen. Zwei Landsleute wurden neu in die Ortsgruppe aufgenommen. Über Gründung einer Frauengruppe wurde weiter verhandelt. Dem deutschen Kinderheim in Bromberg wurden 20 RM. gespendet. Weiter erinnerte der Vorsitzende an die Heimatspende für unsere Landsleute im abgetretenen Gebiet. Unser 13. Stiftungsfest findet am 11. März d. J. im Ballhaus Sanssouci beim Landsmann Wiesner statt. Sodann hielt Landsmann Kriebel einen Vortrag über die von den Polen so viel gerühmte Toleranz gegenüber den deutschen Minderheiten. Polnische Toleranz sei Lüge. 16 000 deutsche Kinder müssen in polnische Schulen gehen. Evangelischer und katholischer Religionsunterricht in deutscher Sprache wäre verboten. Auf evangelischen Friedhöfen wird getanzt und Karten gespielt, werden die Gräber geschändet. Eine polnische Zeitung in Oberschlesien schreibt, evangelische Friedhöfe seien nur Sammelplätze, weil ihnen die polnisch-katholische Weihe fehle, usw. Nach dem Vortrage spielten Mitglieder unserer Chorvereinigung unter stärkstem Beifall ein Militärstück: „Die letzten zwei Taler.“ Geselliges Beisammensein beschloß den Abend.

Landesverband Schlesien.

Die Ortsgruppe Breslau hielt am 26. Januar die Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Dr. Hanow, wies nach herzlichen Begrüßungsworten darauf hin, daß wir großen Wert darauf legen müssen, die Jugend für unsere gute Sache zu gewinnen und ihr immer und immer wieder durch Wort und Bild zu zeigen, welch ungeheuere Gebietsverluste der deutsche Osten erlitten hat. Es muß in unserer Jugend der Gedanke gepflegt und vertieft werden, daß unser lebensnotwendiges Ziel es ist, unsere verlorenen Gebiete wiederzugewinnen. Hierauf erstattete unser Schriftführer, Herr E. Neumann, den Jahresbericht, der erkennen ließ, daß der Vorstand zielbewußte, ernste Arbeit geleistet, aber auch für fröhliche Unterhaltung gesorgt hat. Mehrere interessante Vorträge, die teils Ostfragen behandelten, aber auch allgemein politische Gebiete berührten, haben unsere Vereinsabende belebt. Der glänzend gelungene Familienabend im Wappenhof, der Ausflug nach Sybillenort, die Weihnachtsfeier und mehrere gesangliche Darbietungen zeugten davon, daß auch Herz und Gemüt zu ihrem Rechte gekommen sind. Den Kassenbericht gab dann Herr Heinz Neumann. Dem Vorstande wurde Entlastung erteilt. Zehn Mitglieder sind aus Anlaß ihrer zehnjährigen Mitgliedschaft mit Treunadeln bedacht worden. Unser langjähriges und verdienstvolles Vorstandsmitglied, Herr Lehrer Erdmann, hat die silberne Ehrennadel mit Besitzzeugnis erhalten, während der Vorsitzende, Herr Dr. Hanow, und der Schriftführer, Herr E. Neumann, mit Ehrenurkunden ausgezeichnet worden sind. Die satzungsgemäß ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder, Frl. Heinze und Herr Kaufmann Pohl, wurden wieder- und Frau Krause neu hinzugewählt. Nach Bekanntgabe einiger wichtiger Rundschreiben und Artikel aus dem „Ostland“ schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche an die Mitglieder, unsere Vereinsabende immer recht zahlreich zu besuchen.

Ortsgruppe Neumarkt. Am 26. Februar fand die Jahreshauptversammlung statt, die vom Vorsitzenden, Kaufmann Albert Kretschmer, geleitet wurde. In seiner Begrüßungsansprache führte er aus, daß gerade in Zeiten höchster Not das Zusammengehörigkeitsgefühl nicht verlorengehen dürfe. Dem Deutschen Ostbund die Treue zu halten, sei Ehrenpflicht aller, die ein Gefühl für Dankbarkeit besitzen. Nachdem Landsmann Janetzky den Kassenbericht erstattet hatte und ihm Entlastung erteilt worden war, hielt Landsmann Rechtsanwalt Stenzel einen Vortrag über den Stand der Entschädigungs- und Emigrantensteuerangelegenheiten. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Kaufmann Albert Kretschmer, 2. Vorsitzender Rechtsanwalt Stenzel, Schriftführer Bäckermeister Ziegler, Kassierer Kassen-Obersekretär Janetzky, stellvertretender Kassierer Gasthofbesitzer Kessel, zu Beisitzern die Kaufleute Drobig und Petry. Der Vorsitzende nahm noch Gelegenheit, allen Mitgliedern, insbesondere den Vorstandsmitgliedern, für ihre treue Mitarbeit zu danken. Nach dem offiziellen Teil fand ein gemütliches Beisammensein statt.

Landesverband Vorpommern.

Ortsgruppe Demmin. In der Februarversammlung gab der Vorsitzende, Herr Kreisbaumeister Steffen, den Jahresbericht. Der Zugang im verflossenen Jahre betrug 114 Mitglieder, so daß die Ortsgruppe jetzt 195 Mitglieder stark ist. Die Kasse ist geprüft und für richtig befunden worden. Dem Kassenwart, Herrn Gudde, wurde Entlastung erteilt und der Dank für seine Arbeit ausgesprochen. Das am Sonntag, dem 19. März, abends 7½ Uhr in der „Reichspost“ stattfindende Stiftungsfest wurde eingehend durchgesprochen. Es soll zu einer großen Ostmarkkundgebung werden. Ehrenpflicht aller Ostmärker in Demmin und der Umgegend ist es, dazu zu erscheinen und dafür zu werben. Die Vorarbeiten zur Aufstellung des Gedenksteins sind in Angriff genommen. Dr. Melzer erhält die Erlaubnis, dafür zu sammeln. Ein Deutscher Abend in Treptow a. Toll. mit anschließender Gründung einer Ortsgruppe ist in die Wege geleitet. Die Gründung einer Frauengruppe wurde bis zur nächsten Monatsversammlung vertagt. Daß Ostmärker vom Lande weit zu Fuß zu unseren Versammlungen erscheinen, zeigt deren reges Interesse und erfüllt die Ortsgruppe mit besonderer Freude. Und nun weiter gearbeitet unter den Leitspruch: „Der Korridor muß wieder deutsch werden“.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Ortsgruppe Merseburg. Daß auch in Merseburg sehr reges Interesse für den deutschen Osten herrscht, bewies die Versammlung des Ostmärkervereins im „Ratskeller“. Der Saal war zu klein, um die große Besucherzahl zu fassen. Viele mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. Der 1. Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Hannß, hieß die zahlreich Erschienenen herzlich willkommen. Der Verein für das Deutschtum im Auslande, die Sudetendeutschen, der Seeverein, Kolonialverein und Jungdeutscher Orden waren vertreten. Dem verstorbenen Mitgliede und früheren 2. Vorsitzenden, Studienrat Dreizner, widmete Dr. Hannß ehrende Worte des Dankes. Nach Erledigung weiterer interner Vereins-